

# KONGRESSDIENST

Hamburg  
4. JAHRGANG

Herausgegeben vom Präsidium des STÄNDIGEN KONGRESSES  
aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.

Jan. / Febr. 1961  
N U M M E R 1





## Prof. Dr. Fritz Baade (MdB)

Direktor des Weltwirtschaftsinstituts  
der Universität Kiel

Vergleiche Buchbesprechung S. 12

### Hinweis

Herr Werner Titz, Kiel, Mitglied des Bundesvorstandes und schleswig-holsteinischer Landesvorsitzender der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK), ist wegen Arbeitsüberlastung aus dem Präsidium des „Ständigen Kongresses“ ausgetreten.

### Bilder:

Titelbild: dpa

Bilder auf Seiten 7, 9: Keystone

Bild auf Seite 3: dpa

Bild auf Seite 5: Neue Politik

Bild auf Seite 12: Daily Mirror

### Herausgeber:

Das Präsidium des „Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik“

### Anschrift:

Hamburg 19, Eichenstr. 46, Tel. 49 22 26

Postscheckkonto: Hamburg 27 30 60

(Hans Schiefbahn - Ständiger Kongreß -)

### Büro:

Otto Beyer, Stapelfeld; Walter Biermann, Hamburg; Otto Borchers, Wedel/Holst.; Dr. Walter Domke, Hamburg; Prof. Dr. med. Kurt Gröbe, Hamburg; Prof. Dr. Hans Grupe, Lüneburg; Prof. H. Heinemann, Lüneburg; Hans Hentschel, Hamburg; Joachim Hindemith, Münster (Westf.); Dr. Ingeborg Maschmann, Lüneburg; Werner May, Hamburg; Peter Meier, Münster (Westf.); Karl-Ludwig Opitz, Hamburg; Dr. Barbara Rathjens, Hamburg; Ernst von Salomon, Stöckte; Hans Schiefbahn, Hamburg; Erich Wiechmann, Hamburg.

Sekretär Joachim Hindemith

Verantwortlich für den Kongreßdienst: Dr. Barbara Rathjens, Hamburg

Redaktion: Peter Meier

Wissenschaftlicher Berater: Dr. rer. nat. Lothar Wiesner, Hannover.

Druck: Gerhard Steen, Buchdruckerei, Hamburg  
Der „Kongreßdienst“ ist keine Zeitschrift im Sinne des Gesetzes über Zeitungs- und Zeitschriftenwesen. Er erscheint nach Bedarf und ohne Erhebung fester Abonnementsgebühren.

# Und in Deutschland?

*Lieber Kongreßdienst-Leser!*

Eine Zeitung, die etwas auf sich hält, bringt zum Jahreswechsel eine Umfrage mit dem Titel „Was erwarten Sie vom neuen Jahr?“ Interessanterweise hat sich dabei nun herausgestellt, daß „Lieschen Müllers“ Gedanken eben gar nicht ausschließlich um Farah Dibahs Sohn oder die belgische Königshochzeit kreisen, sondern daß die Frage, ob uns der Frieden erhalten bleibt, weit stärker im Mittelpunkt des Interesses steht, als es meist den Anschein hat. Der Streik in Belgien hat ja wohl gezeigt, daß auch in einer „Wohlstandsgesellschaft“ die Masse gar nicht so „apathisch“ und „politisch uninteressiert“ ist, wie es unsere Zeitungen so oft mit Krokodilstränen in den Augen beklagen.

Niemand kann die Frage nach der Erhaltung des Friedens beruhigend beantworten. Und gerade wir Deutschen haben gewiß allen Grund, ernst in die Zukunft zu blicken: hatte schon der Führungsstab der Bundeswehr in seiner berüchtigten Denkschrift davon gesprochen, bei jeder denkbaren militärischen Auseinandersetzung werde Deutschland Kriegsschauplatz werden, so dringen jetzt Gerüchte zu uns über den Ozean, daß es in den USA Militärtheoretiker gebe, die allen Ernstes behaupten, ein sogenannter „Testkrieg“ in Mitteleuropa würde nicht notwendigerweise zum Weltkrieg führen. Und wenn man sich manche Dinge in unserem Vaterland besieht, beschleicht einen ja doch manchmal der Verdacht, solche Spekulationen seien auch in Deutschland nicht ganz unbekannt...

Für uns sei die Lage so ernst wie nie zuvor, pflegt der Bundeskanzler von Zeit zu Zeit zu erklären. Und wirklich — je länger sich an der Elbe die beiden bis zu den Zähnen gerüsteten Machtblöcke gegenüberstehen, um so gebieterischer wird die Forderung, dieses Gegeneinander zu entschärfen. Immer mehr Menschen sehen auch offensichtlich diese Notwendigkeit ein, und der Gedanke einer Neutralität Gesamtdeutschlands wird doch wohl gerade deshalb so energisch als „prokommunistisch“ diffamiert, weil man seine Popularität fürchtet. Besonders deutlich sichtbar wird das an der Art und Weise,

wie die Gründung der „Deutschen Friedens-Union“, jener neuen Partei, die sich gerade diesem Grundsatz verschrieben hat, von unserer Tagespresse kommentiert worden ist.

Eine Lösung dieses Problems wird dadurch erschwert, daß in der gegenwärtigen Situation die beiden deutschen Staaten, die zu unserem Leidwesen nun einmal existieren, kaum an einen gemeinsamen Verhandlungstisch zu bringen sein werden. Eine Entspannung an der Elbe ist aber im Jahre 1961 nicht mehr allein von den Alliierten zu erreichen — ohne unsere eigene Mitwirkung geht das einfach nicht mehr. Auch wir Deutschen dürfen uns nicht darum drücken, Mittel und Wege zu finden, um diese militärische Entspannung zu verwirklichen.

Wir haben für dieses gewiß nicht einfache Problem auch kein Patentrezept anzubieten. Wir meinen aber, daß man sich über diese Dinge zumindest Gedanken machen sollte. Wenn man ein gekündigtes Interzonenhandels-Abkommen wieder in Gang setzen kann, sollten sich bei einigem guten Willen auch auf anderen Gebieten Lösungen finden lassen.

Fest steht jedoch eines: auch 1961 wird sich der Frieden in der Welt und im gespaltenen Deutschland nur dann aufrechterhalten lassen, wenn wir alle mit dazu beitragen, wenn wir in unseren Forderungen nicht nachlassen. Verschiedene Grundeinheiten der IG Metall wollen den März zum Kampfmonat gegen Atomrüstung erklären. Lassen Sie uns nicht vergessen, wie wichtig gerade dieses Vorhaben ist! Das Steuer der Atomrüstungspolitik, das Steuer jener Politik, die die Spannungen im Herzen Deutschlands durch das Reisesperrgesetz und die Behinderung des Interzonenhandels verschärft, statt sie abzubauen, wird nur dann herumgerissen werden können, wenn Sie und ich nicht müde werden, unsere Forderung laut werden zu lassen: **Verhandeln ist besser als schießen!** Das meint jedenfalls

Ihr

*Peter Meier*

## „Kampf gegen Atomrüstung bleibt Kernproblem“

Prof. Baade in Kampfabstimmung für Bundestag aufgestellt

**Kiel.** (Eigener Bericht) Der Direktor des Instituts für Weltwirtschaft an der Kieler Universität und Bundestagsabgeordnete der SPD, Prof. Dr. Baade, wurde auf der Bezirkskonferenz der SPD in Kiel gegen den Widerstand der SPD-Führung abermals zum Kandidaten nominiert, obwohl an seiner Stelle der Oberbürgermeister der Stadt Kiel, Dr. Müthling, vorgeschlagen war.

Prof. Baade selbst ist der Auffassung, daß sein Erfolg auf seinen Vortrag vor den Betriebsvertrauensleuten der Kieler Howaldt-Werke zurückzuführen sei, in dem er u. a. erklärte, daß die Ablehnung der Atomrüstung und der Notstandsgesetze weiterhin Kernproblem bleibe, auch wenn einige SPD-Führer dies nicht wahrhaben wollen.

Rüstung sei kein Ausweg zur Vollbeschäftigung, weil der Aufwand an

# Atomluftschutz - das Geschäft mit dem Tode

Vor wenigen Wochen ist der Bundesluftschutzverband neu konstituiert worden. Was in zahlreichen Ansprachen beim Festakt in Köln angeboten wurde, war freilich nicht viel; das meiste lief auf Ratschläge der Art hinaus, seine persönlichen Urkunden gut zu verwahren (wahrscheinlich, damit später die Identifizierung leichter ist). Der nachfolgende Beitrag eines Fachmannes auf dem Gebiet des Luftschutzes, den wir gekürzt den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ entnehmen, zeigt deutlich, welche geringe Bedeutung der Luftschutz im Atomkrieg noch hat.

D. Red.

Wer heute von „Luftschutz“ spricht und diesen zu propagieren oder auch nur zu verteidigen gedankt, macht sich schon von vornherein, noch ehe er mit seinen Ausführungen beginnt, einer Unaufrichtigkeit schuldig; er versucht, die Bevölkerung bewußt oder unbewußt irreführen. Er spricht vom „Luftschutz“, meint aber den „Atomluftschutz“ und vergißt geflissentlich, daß dieser ganz wesentlich schärfere Minimalforderungen zur Voraussetzung hat.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß selbst bei Verwendung von nur konventionellen Waffen eine ins Gigantische gehende Zerstörung, verbunden mit schwersten Opfern der Zivilbevölkerung, unvermeidlich ist. Das Zerstörungsausmaß bei Verwendung von Atomwaffen ist geradezu unvorstellbar. Die Vorstellung der gegenseitigen nuklearen Entvölkerung ganzer Länder ist grauenhaft.

Um von Anfang an Unklarheiten gar nicht erst aufkommen zu lassen, soll darauf hingewiesen werden, daß, selbst wenn es möglich wäre, einen einwandfreien Atomluftschutz zu erstellen, die Frage des Bevölkerungsschutzes damit noch in keiner Weise gelöst wäre. Die A-Waffen (Atomwaffen) sind doch nur ein Teil des satanischen Arsenal, das man im „Fall der Fälle“ einzusetzen gewillt ist. Die B-Waffen (Bakterien) und die C-Waffen (Chemische Vergiftungstoffe)

werden nicht einmal andeutungsweise in die erforderlichen Schutzmaßnahmen einbezogen. Es ist bekannt, daß diese B- und C-Waffen still und lautlos eingesetzt werden können, daß man sie erst feststellen kann, wenn es zu spät ist, und daß es gegen diese Massenmordmittel keinen auch nur irgendwie gearteten Schutz gibt. Zur Zeit werden in den USA für B- und C-Waffen jährlich ca. 294 Millionen DM ausgegeben, die nun auf 880 Millionen DM pro Jahr erhöht werden sollen.

„Luftschutz“ und „Atomluftschutz“ können nicht gleichgesetzt werden, weil sie verschiedene Voraussetzungen haben. Diese Bemerkung ist notwendig, weil der nächste Krieg ein Atomkrieg und nicht ein Krieg mit konventionellen Waffen sein wird. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, gewinnt die Rede, die der Staatssekretär Ritter von Lex am 14. Oktober 1960 in Köln hielt, an Bedeutung. Ritter von Lex führte aus: „Nach den Schreckensbildern des Luftkrieges,

nach der völlig unbegründeten Diskriminierung der früheren Luftschutzhelfer, war es nur zu begreiflich, daß die Bevölkerung von einem Luftschutz nichts mehr wissen wollte.“ Dies scheint mit ein Trugschluß zu sein. **Viel wahrscheinlicher ist es, daß die Bevölkerung erkannt hat, daß ein Luftschutz nicht mehr sein kann als ein völlig unzureichendes und unzulängliches Provisorium. Aus diesem Grunde konnte sie sich für den Luftschutz nicht begeistern und wird es wohl auch in Zukunft nicht tun!**

## Die Bunker-Legende

Der Bund hat dem Bundesluftschutzverband bisher rund 64 Millionen DM zur Verfügung gestellt und etwa 16 Millionen DM in das Haushaltsjahr 1961 übernommen. Was heißt das schon? Diese 64 Millionen DM entsprechen 1,20 DM, die der Bund bisher je Kopf der Bevölkerung für Luftschutz ausgab; das ist etwa der Preis, den man für ein Paar Frankfurter Würstchen auf dem Bahnsteig bezahlt; fürwahr, eine respektable Summe, wenn es um Leben und Sterben eines ganzen Volkes geht!

Prof. Dr. Pasqual Jordan, der Atomexperte der Regierungspartei, hat seinerzeit empfohlen, Bunker zu bauen, die gestatten, daß die Insassen mindestens 5 Jahre unter der Erde leben können, bis sich „der Atom-

## „Unser Kampf gilt der Aufrüstung!“

### 1. Bundesvorstands-Sitzung der Deutschen Friedens-Union

#### Köln (DFU-Mitteilg.)

Der Bundesvorstand der Deutschen Friedens-Union (DFU) trat am Wochenende in Köln zu seiner ersten Sitzung zusammen. Er wählte aus seiner Mitte den geschäftsführenden Vorstand und das dreiköpfige Direktorium. In das Direktorium wurden gewählt: Prof. Dr. Renate Riemeck, Karl Graf von Westphalen und Lorenz Knorr.

Dem geschäftsführenden Vorstand gehören außer den drei Direktoriumsmitgliedern an: Albert Berg (Hamburg), Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner (Oberaudorf/Inn), Frau Dr. Sophie Charlotte Kirchoff (Duisburg), Betriebsratsvorsitzender Wilhelm König (Kronberg/Taunus), Regierungsrat Dr. Günter Raschen (Braunschweig), Fabrikant Dr.-Ing. J. F. Tönnies (Freiburg) und der katholische Schriftsteller Hans Wirtz (Freiburg).

Der Bundesvorstand beschäftigte sich in seiner zweitägigen Sitzung im wesentlichen mit Fragen, die den raschen Aufbau der DFU-Landesverbände betreffen.

In einem Referat erklärte Frau Prof. Riemeck, daß es nicht in der Absicht der DFU läge, den Wahlkampf gegen die SPD zu führen. Wörtlich sagte sie: „Unser Kampf gilt der Aufrüstungspolitik, und wer die betreibt, das wissen wir. Von dieser Stoßrichtung werden wir uns von niemandem abbringen lassen, auch nicht von den Verfechtern der Adenauer-Politik innerhalb der SPD-Führung.“

In der Diskussion ergriffen neben Hans Wirtz, Mira von Kühlmann, Albert Berg, Dr. Heydt und Prof. Karl Rode auch geladene Gäste das Wort, die anschließend in den Unionsrat der DFU — ein beratendes Gremium — gewählt wurden, so unter anderem Wilhelm Elfes, Walter Diehl und Dr. Giesecking. Von verschiedenen Sprechern wurde zum Ausdruck gebracht, daß wahltaktische Manöver, die den Eindruck außenpolitischer Beweglichkeit erzeugen sollen, nicht helfen, wenn gleichzeitig die Aufrüstung fortgesetzt wird. Nur eine aktive Abrüstungs- und Neutralitätspolitik könne zur wirklichen Entspannung führen. Am Beispiel des Interzonenhandelsabkommens sei deutlich geworden, daß eine sinnwidrige Verschärfung der Gegensätze nur dazu führt, die von der Vernunft her notwendigen Schritte am Ende erzwungen zu vollziehen. „Wir aber wollen keine erzwungene, sondern eine vom eigenen Willen und den deutschen Interessen bestimmte Spannungspolitik.“

Ausführlich beschäftigte sich der Bundesvorstand mit dem von Bundesinnenminister Schröder vorgelegten Gesetz über Ein- und Ausreise, das elementare Grundrechte einschränkt und vor allem die beiden Teile Deutschlands noch weiter auseinanderreißt. Der Vorstand faßte den einstimmigen Beschluß, gegen dieses Gesetz Verfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht einzureichen, falls es rechtskräftig werden sollte.

#### Fortsetzung von Seite 3

einer atomwaffenfreien und militärisch verdünnten Zone in Mitteleuropa, in der die konventionellen Truppen der beteiligten Staaten verringert, Militäreinrichtungen und Truppenstützpunkte fremder Mächte beseitigt und die gegenseitigen Abmachungen einer internationalen Kontrolle unterworfen werden sollen.

Auf diesem Wege können die beiden Teile Deutschlands schrittweise von ihren militärischen Bindungen an die NATO bzw. den Warschauer Pakt befreit werden. Die Sicherheit Gesamtdeutschlands in einer militärisch verdünnten Zone läßt sich durch eine wechselseitige Garantie der Atomgroßmächte wirksamer gewährleisten als durch die derzeitige friedensgefährdende Verklammerung des zweigeteilten Deutschlands in entgegengesetzten Militärblöcken.

Die militärische Neutralisierung bietet unserem Volk die Möglichkeit, die internationale Lage zu verbessern, die Entspannung in Europa und in der Welt zu fördern und einer weltweiten, allgemeinen Abrüstung zu dienen.

**Eine solche Friedens- und Sicherheitspolitik bringt uns zugleich auch unserem wichtigsten nationalen Anliegen näher: der Wiedervereinigung.**

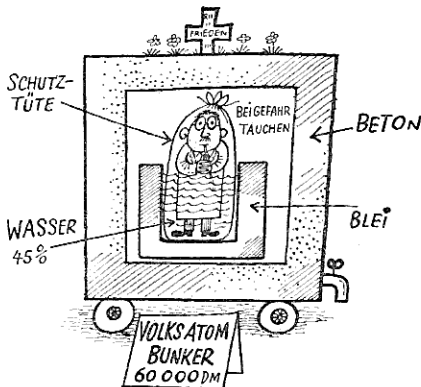
gestank" wieder einigermaßen verzo- gen hat. Heute sagt man uns, man könne selbst einen Atomkrieg überleben, wenn man sich an die Anordnungen halte. Immerhin haben selbst Exponenten des Luftschutzes schon zu- gegeben, daß mit einem Personen- verlust von 50 % gerechnet werden müsse. Die Praxis wird sein, daß ein guter Bunker vielleicht in der Lage ist, die Druck- und Hitzewelle soweit ab- zuschwächen, daß die Insassen mit dem Leben davonkommen können, aber nun fangen bei Atombomben die Schwierigkeiten doch erst an! Auf un- absehbare Zeit hinaus kann der Bun- ker wegen der radioaktiven Strahlung nicht verlassen werden.

Um für die westdeutsche Großstadt- bevölkerung auch nur einigermaßen ausreichende Atombunker bauen zu können, müßten mindestens 300 Mil- liarden DM zur Verfügung stehen. In Wirklichkeit sind es lt. Ritter von Lex z. Z. ganze 29 Pfennige, die der Bund 1961 je Kopf der Bevölkerung für Luft- schutz zur Verfügung zu stellen ge- denkt. Das reicht noch nicht einmal für einen Splittergraben! Aber selbst, wenn das Geld verfügbar wäre, haben wir überhaupt noch so viel Zeit, um diese Bunker zu bauen? Wie steht es mit den Arbeits- und Fachkräften und mit der Beschaffung von Baumate- rial? Unmöglichkeiten — lauter Unmög- lichkeiten!

Es können somit nur ganz wenige Bunker in einigen Großstädten ge- baut werden. Der jetzt in Angriff ge- nommene Atombunker in Altona wird etwa 100 Menschen Obdach geben können. Die Aufnahmefähigkeit der Bunker, die unter äußerster Anstren- gung gebaut werden können, wird

günstigenfalls einen ganz geringen Promillesatz der Großstadtbevölke- rung betragen können. Es ergibt sich somit die Frage: Wer darf in den Großstädten in den Bunker hinein- kommen, und wer muß draußenblei- ben? Wer fällt die Todesurteile über ungezählte Tausende?

Aber selbst wenn jemand das ver- briefte Recht hat, in einen Atombun- ker eingelassen zu werden, muß man



fragen: wie will er in den Bunker hin- einkommen, wenn die Warnzeit bei Atomraketen etwa 30 Sekunden be- trägt?

Gesetzt den Fall, es ist jemand heil in den Bunker hineingekommen, so muß schon vorher auf viele Jahre hin- aus Wasser und Proviant in den Bun- ker gebracht worden sein. Für genü- gend Wasser zu sorgen, ist geradezu unmöglich. Auch müssen Atomkranke, die es zweifellos geben wird, betreut werden. Die Hauptschwierigkeit ist aber die, daß die im Bunker einge-

schlossenen Leute beschäftigt werden müssen, wenn sie nicht wahnsinnig werden sollen. Wer sich an die gereizte Stimmung erinnert, die im letzten Krieg in engen Luftschutzkellern schon nach ganz wenigen Stunden auftrat, wird einsehen, daß diese Frage überhaupt nicht zu lösen ist.

Schon aus diesen wenigen Andeutun- gen ist ersichtlich, daß Bunker nach dem System von Prof. Jordan keine Lösung darstellen.

Für mittlere und kleinere Städte, Marktflecken und die Landbevölke- rung werden Atombunker wohl nicht gebaut werden können; anscheinend hat man diese Bevölkerung bereits ab- geschrieben.

Wenn man vom Verlust der Men- schen absieht, fällt im atomverseuchten Gebiet auch das ganze Vieh aus, das für menschliche Nahrung nicht mehr zu verwenden ist, ebenso wie die Ernte nicht mehr eingebracht werden kann. Die Verpflegung der Menschen wird so gut wie unlösbar.

### Abrüstung und Entspannung — der einzige Schutz!

Nach dem bisher Gesagten steht fest, daß es gangbare Wege zum Schutz der Menschen in einem Atomkrieg nicht gibt. Es gibt nur den einen Weg, dafür zu sorgen, daß nie Atombomben fallen! Abgesehen davon, daß dieser Weg der sicherste ist, ist er auch der am schnellsten durchführbare und der billigste. Ihn zu gehen kostet keine Milliarden, sondern nur guten Willen.

Prof. D. Helmut Gollwitzer:

## „Was denkt sich eigentlich diese unsere Führung?“

Der folgende Beitrag stellt eine Erwiderung Prof. Gollwitzers auf einen Angriff des Bundestagspräsidenten D. Eugen Gerstenmaier dar, den dieser in der „Frankfurter Allgemeinen“ gegen ihn geführt hatte. Die „Frankfurter Allgemeine“ hat den Abdruck der Erwiderung Prof. Gollwitzers abgelehnt. Wir bringen mit freundlicher Genehmigung der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ jene Abschnitte des Artikels, in denen sich Gollwitzer mit der Atomrüstungs- politik der Bundesregierung auseinandersetzt.

D. Red.

Was ist das Christliche an der CDU? Mit diesem Namen habe sich die Par- tei auf „christliche Grundsätze“ ver- pflichtet, hören wir mit Berufung auf eine Erklärung der Evangelischen Kir- chenversammlung in Treysa vom August 1945. Was sind diese christ- lichen Grundsätze, und wo finden wir sie? Gerstenmaier hütet sich, sie uns zu nennen. Finden wir sie im verges- senen Ahlener Programm oder in Er- hardts Neoliberalismus, in den Schwü- ren gegen die Wiederbewaffnung vor 1950 oder im Bekenntnis zu ihr nach 1950?

Außer den ungenannt bleibenden Grundsätzen nennt Gerstenmaier un- vorsichtigerweise auch die Praxis. Meint er im Ernst, daß sich seine Par- tei von den übrigen durch eine beson- ders christliche Praxis unterscheide? Wird er sich wundern können, wenn

ihm daraufhin aus dem Leserkreis außerhalb seiner Partei schallendes Gelächter entgegenschallt in Erinnerung an allerlei betrübliche Erfahrungen, die man mit der Praxis seiner Partei — vielleicht nicht mehr, aber sicher auch nicht weniger als mit der Praxis anderer Parteien — machen konnte? Daß bei dieser Partei ein besonders ernstes Hören auf Gottes Gebot statt- finde, hätte doch auch den Außenste- henden auf eine überzeugende Weise sichtbar werden müssen. Werden von ihr die Wahlkämpfe christlicher ge- führt? Finden bei ihr die Lobbyisten der Interessentengruppen weniger Ge- hör als anderwärts? Hat sich in der Atomwaffenfrage gezeigt, daß man in dieser Partei besonders ernst mit der Frage gerungen hat, was Gottes Gebot dazu sage? Dann hätte es in die- ser Partei ja wie sonst überall unter

den Christen eine interne Parteidis- kussion geben müssen. Von einer sol- chen war nichts zu hören, sondern während wir anderen alle in schwerem Disput standen, wußte man in der CDU schon von vornherein, daß Got- tes Gebot sich mit diesem Vernich- tungsmittel verträge, und bei der ge- schlossenen Zustimmung zur atoma- ren Ausrüstung der Bundeswehr im Frühjahr 1958 zeigte sich, daß in der CDU-Fraktion das Hören auf Gottes Gebot, auf das nach Gerstenmaier diese Partei „unter keinen Umstän- den verzichten“ will, wie auf Kom- mando ein gänzlich einheitliches Er- gebnis hatte wie sonst nirgends in der ganzen Christenheit.

Was geschieht demjenigen, dessen Hören auf Gottes Gebot ein abwei- chendes Ergebnis hat? Nach Gersten- maier hat in der CDU jeder Christ einen anerkannten Anspruch darauf, mit dem gehört und respektiert zu werden, was er seinem „christlichen Bekenntnis im öffentlichen Leben glaubt schuldig zu sein“. Die Namen G. Heinemann und P. Nellen, die hier für manche andere stehen, beweisen das Gegenteil.

Fertsetzung Seite 6

Gerstenmaier behauptet, es gab „keinen anderen Weg“, als den der militärischen Westintegration der Bundesrepublik; in keinem einzigen Augenblick habe die „reale Möglichkeit“ bestanden, die Freigabe der Sowjetzone und die Wiedervereinigung zu einem nichtkommunistischen Deutschland zu erreichen; es sei „objektiv unrichtig“, daß die Sowjets „jemals“ zu einer solchen Freigabe bereit gewesen wären, da sie ja „unaufhörlich nach der Weltherrschaft des Kommunismus drängen“.

Man beachte wohl: Gerstenmaier ist es, der hier eine Behauptung aufstellt, nicht ich. Niemand weiß, ob damals wirklich eine „reale Möglichkeit“ bestanden hat. Gerstenmaier aber will genau wissen, daß sie nicht bestanden hat. Woher weiß er das? Man hat sich ängstlich gehütet, durch erprobende Verhandlungen festzustellen, ob sich aus den Vorschlägen des alten Stalin und seiner Nachfolger etwas machen ließe. Warum hat man es nicht zur rechten Zeit versucht? Gerade diejenigen, die es nicht riskierten, befürchteten offenbar, die Vorschläge könnten ein echtes Angebot enthalten, und lehnten eben darum auch nur den Versuch einer Erprobung ab. Warum? Um durch greifbare Möglichkeiten, die sich dabei zeigten, nicht an der militärischen Westintegration, zu der man längst fest entschlossen war, gehindert zu werden.

#### Zerplatzte Illusionen

Niemand kann sagen, ob auf anderen Wegen mehr erreicht worden wäre; aber wer bis fünf zählen kann, konnte sehen, daß d i e s e r Weg das Ergebnis haben mußte, daß wir heute von der Wiedervereinigung weiter entfernt sind denn je. Führen sonst auch öfters Umwege zum Ziel, so gab es hier bei nüchterner Einschätzung aller Kräfte doch kein Indiz dafür, daß der Weg nach Paris ein Umweg nach Magdeburg und Dresden sein werde. Das ist von einigen klarsehenden Leuten deutlich gesagt worden; das ganze Regierungslager hat in ungezählten Reden das Gegenteil behauptet: **Das waren pure Illusionen, heute zerplatzt wie Luftballons, und nur die groteske Vergeßlichkeit unserer Zeit macht es möglich, daß diejenigen, die vor diesen Illusionen gewarnt haben, heute als Illusionisten verschrien und proöstlicher Gesinnung verdächtigt werden.**

Jedenfalls: Dahin sind nun alle Illusionen, mit denen damals die Warner zugedeckt wurden: aus der Position der Stärke könnten wir von den Sowjets die Freigabe der Zone erzwingen, auch nach dem 8. 5. 1955 würden die Sowjets weiter über die Wiedervereinigung verhandeln, wir könnten dann zum günstigen Zeitpunkt auch unsere NATO-Zugehörigkeit als Preis anbieten, in Karlshorst verachte man die Pankower und brenne auf eine Verständigung mit Bonn, für gute Wirtschaftsbeziehungen würde man uns die Zone noch zum Preis zuschlagen, Deutschland sei nun davor gesichert, Schlachtfeld zu werden — und was dergleichen Verheißungen mehr waren, die ich meine freundlich charakterisiert zu haben, wenn ich sie Selbstbetrug nannte, was sie im Munde der redlichen Männer und

Freunde, von denen ich sie gehört habe, sicher nur waren.

**Darum wiederhole ich meinen Satz aus jenen Aufsatz: „Die Politik, von der man sich im deutschen Selbstbetrug die Wiedervereinigung versprach,**

**ist die Ursache dafür, daß sie nicht erreicht wurde.“** (Gemeint ist der Aufsatz „Die sich selbst betrügen“ in dem Sammelband „Ich lebe in der Bundesrepublik“. D. Red.)

#### Systematische Erziehung zur Gedankenlosigkeit

Die Möglichkeiten, sich zu verständigen, sind offenbar im Laufe dieser Jahre nicht größer, sondern geringer geworden. Über die verschiedenen Wege und Umwege nach 1950 konnte man schließlich noch streiten. Daß aber die Teilregierung eines gespaltenen, im kalten Bürgerkrieg zerrissenen Volkes, die sich eingeständenermaßen auf die Möglichkeit eines „begrenzten Konflikts“, d. h. eines heißen Bürgerkrieges, einstellt, nach Atomwaffen für ihre Armee (unter dem Vorwand der Bündnisverpflichtung) drängt, statt für die Dauer der Spaltung solche Waffen, soweit es ihr nur möglich ist, aus ihrem Territorium herauszuhalten, darüber läßt sich nicht mehr reden, das ist nicht mehr zu entschuldigen.

**Nachdem es heute aber so steht, bedarf es freilich einer systematischen Erziehung zur Gedankenlosigkeit, damit die jetzige Entwicklung auch dem schlafenden Bundesbürger nicht in ihrer Schrecklichkeit klar wird.** Da kauft die Bundesregierung die Kopien des Hiroshima-Films auf, da kann General Speidel von einem „Endsieg“ nach einem nuklearen Konflikt sprechen (Bulletin der Bundesregierung 19. 8. 1960), und der Bundeskanzler kann in seiner ersten Wahlrede versichern, nichtatomarbewaffnete deutsche Truppen gegen den östlichen Feind aufmarschieren zu lassen, hieße „Hunderttausende von jungen Soldaten dem Tod in den Rachen jagen“, und Gerstenmaier predigt uns, als wäre er der Turnvater Jahn, eine „Rangordnung christlicher Werte“ („1. Freiheit, 2. Friede, 3. Einheit“), ohne auch nur andeutungsweise ein Bewußtsein von der atomaren Situation, die das alles doch tief problematisch macht, zu verraten.

Was denkt sich eigentlich diese unsere Führung? Hinter welchem Monde lebt sie oder meint sie, daß wir leben? Was soll man von einem Politiker halten, der noch nicht gemerkt hat, daß es diese Reihenfolge nicht mehr gibt, sondern daß wir heute Frieden und Freiheit nur miteinander gewinnen oder verlieren können — oder der, falls er es selbst schon gemerkt hat, seinem Volke noch das Gegenteil davon sagt — und das alles mit Berufung auf das Evangelium! Kein Wunder, daß Gerstenmaier sich mitgekränkt fühlt, wenn dem Bundesbürger Gedankenlosigkeit nachgesagt wird.

**Gebe Gott, daß er nicht so wie jetzt auf den Trümmern der deutschen Einheit eines Tages, nach dem Zerstieben weiterer Illusionen, auf den letzten Ruinen unseres Landes beteuern muß, er könne „nach längerer Prüfung keinen anderen Weg erkennen, den wir bei gewissenhafter Prüfung hätten gehen können“.**

## I N K U R Z E

### Pugwash-Konferenz: Wissenschaftler einmütig für allgemeine Abrüstung

Moskau. Anfang Dezember tagte in Moskau die 6. internationale Pugwash-Konferenz. An der Konferenz nahmen 75 Wissenschaftler aus 15 Ländern teil, darunter zahlreiche westliche Teilnehmer. Als Beobachter war Prof. Walter W. Rostov, der künftige Chef der Planungsabteilung des US-State-Department, anwesend. Die Konferenz erörterte insbesondere Fragen wie die Gefahr des Wettrüstens, das Verbot der Kernwaffenexperimente und Maßnahmen zur Wahrung des Friedens während und nach der Abrüstung. In einer Erklärung heißt es: „Die grundlegenden Interessen aller Staaten und Völker und die reale Gefahr, daß durch einen Zufall Krieg ausbricht, erfordern raschesten und wesentlichen Fortschritt im Bereich der Abrüstung.“ Die Konferenzteilnehmer unterstützten die von der UNO-Vollversammlung 1959 angenommene Resolution, wonach es notwendig sei, in der ganzen Welt den Frieden herzustellen und alle Kriegsmittel unter wirksamer Kontrolle zu vernichten. Der englische Nobelpreisträger Powell erklärte, daß die größte Einmütigkeit unter den Wissenschaftlern u. a. bei der Erörterung der Kontrolle über die Abrüstung festzustellen war.

### Pauling fordert Abkommen über Versuchsstop

New York. (UPI) Dr. Linus Pauling, Nobelpreisträger für Physik, hat Ost und West zu ständigen Bemühungen aufgerufen, eine Vereinbarung zu einer Beendigung der Atomwaffenversuche zu erreichen. Pauling sagte, es bedürfe nur 300 gutgezielter 20-Megaton-Bomben, um den größten Teil des menschlichen Lebens in den Vereinigten Staaten auszulöschen, und einer gleichen Anzahl, um dasselbe in Rußland und China zu erreichen. Er fügte hinzu, daß sich nach zuverlässigen Schätzungen der Vorrat an nuklearen Bomben in den Vereinigten Staaten auf 115 000 und in Rußland auf 60 000 belaufe.

### Condon: Atomluftschutz ist Zeitverschwendung

Lake Forest (Illinois) (UPI). Der bekannte amerikanische Atomphysiker Dr. Edward U. Condon, Professor an der Washington-Universität in St. Louis, erklärte zivile Luftschutzmaßnahmen als „Zeitverschwendung“. In einer Rede im Lake-Forest-College sagte er, daß Atombunker und Massenevakuierung aus großen Städten eine Täuschung seien, die unmöglich irgendwelchen Schutz gewähren könnten. „Es gibt keinen bekannten Schutz gegen thermonukleare Bomben.“ Er fügte hinzu, daß, wenn die Vereinigten Staaten „auf dem Wege des kalten Krieges fortfahren, indem sie ihre Rüstung immer höher und höher schrauben und Zünder an unsere Bomben anbringen, sie sehr wohl am Ende dieses Jahrzehnts die meisten von uns tot sehen werden“.

## Der Parteitag der Kapitulation

Der folgende Bericht, den uns ein Hamburger SPD-Mitglied übersandte, enthält eine kritische Auseinandersetzung mit den Ergebnissen des Parteitages der SPD in Hannover. Wir geben diesem Bericht Raum, weil wir glauben, daß die in Hannover beschlossene Politik weit über den Bereich der SPD hinaus Folgen haben kann.

Erich Ollenhauer rief in den Saal: „Im Godesberger Grundsatzprogramm heißt es: ‚Die Bundesrepublik darf atomare und andere Massenvernichtungsmittel weder herstellen noch verwenden.‘ Es gibt seit Godesberg keine Entwicklung, die uns veranlassen könnte, diesen Standpunkt zu ändern. Er bleibt Grundlage und Bestandteil unserer Politik. Wir lehnen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr ab!“ An dieser Stelle registriert das Protokoll: starker, langanhaltender Beifall. In Wahrheit war es ein Sturm der Begeisterung, eine Ovation, die durch die Reihen der Delegierten ging. Viele von ihnen waren ohne große Hoffnungen nach Hannover gekommen. Dieses eine Wort ihres Vorsitzenden gab ihnen das Vertrauen zurück, daß sie weiter guten Gewissens in ihrer Partei arbeiten könnten. Manche bemerkten allerdings etwas, was dann nicht im Protokoll vermerkt wurde: Wehner und Brandt saßen mit eisernen Frontgesichtern da und rührten keine Hand. Wer einigermaßen Bescheid wußte, konnte schon daraus erkennen, wie es weitergehen würde.

Und so kam es auch. Sofort nach der Rede ging die Brandt-Clique an die Arbeit und versuchte, den Eindruck, den die Worte Ollenhauers hinterlassen hatten, zu zerstören. Man konnte hören, Ollenhauer sei eben ein politischer Schwachkopf, der wieder mal „ins Fettnäpfchen getreten sei“; seine Rede sei im übrigen von Willy Brandt nicht gelesen und „genehmigt“ (!) worden. Immerhin, auf diese Weise gelang es den Leuten um Brandt wenigstens nicht, die Diskussion über die atomare Aufrüstung kurz und schmerzlos abzuwürgen. Der offene Ausbruch des Gegensatzes machte es auch dem letzten Delegierten und darüber hinaus der Öffentlichkeit klar, was die zentrale Frage dieses Parteitages war: Es ging darum, ob die SPD weiter gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr eintreten würde oder nicht.

### Verklausiertes Ja zur Atombewaffnung

Grundlage der Diskussion im außenpolitischen Ausschuß war ein Antrag des Parteivorstandes, in dem sich zu dieser Frage nur der kümmerliche Satz fand: „Auf die Vermehrung der Zahl der Atommächte und deshalb auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr soll die Bundesrepublik nicht hinwirken.“ Der Pferdefuß dieses Antrages war offensichtlich. Denn erstens hatte das „Soll“ den Sinn, daß die Parteilührung durch die Resolution nicht gebunden werden konnte — das hatte Brandt ausdrücklich verlangt. Außerdem lag darin verklausuliert die Zustimmung zu den Plänen, die NATO zur vierten Atommacht zu machen und ein Bundeswehrkontingent „im Rahmen der NATO“ atomar auszurüsten. Dagegen standen elf Anträge aus

Ortsvereinen und Unterbezirken, in denen, zum Teil in aller Schärfe, die Fortsetzung des Kampfes gegen die Atomrüstung gefordert wurde.

Die Diskussion im Ausschuß war ein trauriges Beispiel dafür, was die Wehner-Brandt-Gruppe heute der Partei alles zumuten kann. Als der Hamburger Landesvorsitzende **Vittinghoff** gerade und offen erklärte: „Die Ovationen des Parteitages bei den Passagen in dem Referat von Erich Ollenhauer, die sich auf sein Bekenntnis zu

Immer wieder hörte man, die SPD müsse vor allem die Wahlen gewinnen und dürfe sich von Adenauer nicht die Diskussion vorschreiben lassen, moralische Erwägungen seien in der Politik nicht verwertbar — und dergleichen. Von jedem dieser „Realpolitiker“ waren Schwüre der „Treue zur NATO“ zu hören. Hinter den Kulissen wurde etwas massiver taktiert. Den Delegierten, die nicht für den Vorstand stimmen wollten, erklärte man, sie trügen die Schuld, wenn die SPD die Wahlen verlieren sollte. Dahinter steckte natürlich die Drohung, sich an diesen Delegierten bei der Aufstellung der Wahlkandidaten entsprechend zu rächen.

So gelang es der Brandt-Gruppe, sich

D. Red.



Willy Brandt beim Empfang des Großkreuzes des Olaf-Ordens.

einer eindeutigen Ablehnung der atomaren Ausrüstung bezogen, waren so gewaltig und so wegweisend in die Zukunft, daß es alles in den Schatten stellt, was hier heute noch zu dem Antrag überhaupt gesagt werden kann. Es gibt Leute, die bezeichnen die atomare Ausrüstung als eine moderne Ausrüstung. Die Atomwaffen sind keine moderne Rüstung; sie sind das Massenvernichtungsmittel gegen die unschuldige Zivilbevölkerung.“ — da mußte er den Zuruf „Dummes Zeug!“ einstecken. Und dies, obwohl die Sprecher der Brandt-Gruppe nicht viel an Argumenten vorzubringen hatten.

durchzusetzen, obwohl sie ganz offensichtlich die Mehrheit der Delegierten gegen sich hatte. Willy Brandt erhielt bei der Wahl zum Parteivorstand mit die wenigsten Stimmen. Das hinderte ihn freilich nicht, zum Schluß mit gewohntem strahlenden Lächeln die Lobhudeleien eines Carlo Schmid über sich ergehen zu lassen.

### Was tun?

Welche Folgerungen sind nun aus dem Ergebnis von Hannover zu ziehen? Ein Sozialdemokrat, der sich zu schade dafür ist, den Verrat an der Mitgliedschaft mitzumachen, der in Hannover

Fortsetzung auf Seite 10

## Friedliche Koexistenz - Propaganda oder reale Möglichkeit?

Im Zusammenhang mit der Rede Chruschtschows vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen ist immer wieder die Frage aufgetaucht, ob die Friedensliebe der Kommunisten überhaupt glaubwürdig sei und die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion nicht vielmehr als bloße Propagandamanöver betrachtet werden müßten — die Behauptung ist ja nicht neu, daß es den Kommunisten nur um eine Atempause ginge, in deren Schutze sie sich darauf vorbereiten wollten, den sorglos gewordenen Westen eines Tages um so erfolgreicher überfallen und überall ihre Gesellschaftsordnung einführen zu können.

Es schien uns wichtig, den Lesern des KONGRESSDIENSTES einmal die Möglichkeit zu geben, sich an Hand von Quellenaussagen selbst ihr Urteil darüber zu bilden, ob die sowjetische Forderung nach friedlicher Koexistenz ehrlich gemeint ist oder ob sie dem Wesen des Kommunismus widerspricht.

Wir veröffentlichen daher im folgenden Auszüge aus einem Aufsatz von A. Butenko und W. Ptschelin, der in der parteiamtlichen sowjetischen Zeitschrift KOMMUNIST unter dem Titel „Die gegenwärtige Epoche und die schöpferische Entwicklung des Marxismus-Leninismus“ (1960) erschienen ist und der für die Leser des KONGRESSDIENSTES sicherlich trotz der für sie ungewohnten Sprache von Interesse ist. D. Red.

Die Idee der friedlichen Koexistenz von Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung ergibt sich bereits aus der Leninschen Theorie der sozialistischen Revolution selbst. Lenin hielt den Sieg der sozialistischen Revolution gleichzeitig in allen Ländern in der Epoche des Imperialismus für unmöglich und nahm die Unvermeidlichkeit einer bestimmten Periode der Koexistenz von Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung an.

Für die Beziehungen zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern gibt es nur eine Alternative: Krieg oder Frieden. Da in den sozialistischen Ländern keine sozialen Gruppen bestehen, die am Kriege interessiert sind, kann die Außenpolitik dieser Länder nur die im höchsten Maße humane Politik der friedlichen Koexistenz sein. Diese Politik hängt damit zusammen, daß dem Marxismus grundsätzlich die voluntaristische Theorie vom „Export der Revolution“ fremd ist. Die Marxisten wissen, daß man Revolutionen in anderen Ländern nicht durch Einwirkung von außen hervorrufen kann, „daß sie weder auf Bestellung noch nach Vereinbarung gemacht werden können, daß sie dann ausbrechen, wenn Millionen und aber Millionen zu dem Schluß kommen, man könne so nicht mehr weiterleben“ (Lenin). Mit anderen Worten: Die gleichzeitige Existenz sozialistischer und kapitalistischer Staaten und die damit verbundene Politik einer langen friedlichen Koexistenz sind eine gesetzmäßige Folge des ungleichmäßigen Heranreifens der sozialistischen Revolution in den verschiedenen Ländern und ein unvermeidliches Ergebnis des nicht gleichzeitig erfolgenden revolutionären Übergangs aller Länder vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die Politik der friedlichen Koexistenz der Länder mit verschiedener Gesellschaftsordnung war und bleibt die Leninsche Generallinie der Außenpolitik der sozialistischen Staaten.

Man kann auch nicht dem Versuch zustimmen, die heutige Außenpolitik der sozialistischen Staaten, die auf die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz gerichtet ist, als einfache Propaganda oder als auf Sand gebauten Pazifismus darzustellen.

Einige Publizisten zum Beispiel halten den Vorschlag der Sowjetunion über allgemeine Abrüstung nur für ein „diplomatisches Verfahren“. An die Realität der Abrüstung, und sei es auch erst als Ergebnis eines sehr langwierigen und hartnäckigen Kampfes, zu glauben, bedeutet nach ihrer Meinung, die „Illusionen des Pazifismus“ zu teilen. Bei solchen Überlegungen werden die in der Welt vor sich gegangenen Veränderungen ignoriert. Man muß doch unbedingt berücksichtigen, daß die Forderung nach Abrüstung Billigung und Unterstützung unter den Millionenmassen in aller Welt findet. Man muß doch sehen, daß der Imperialismus jetzt mit der Macht des sozialistischen Weltlagers rechnen muß, daß jetzt sogar viele bürgerliche Politiker die Notwendigkeit der Abrüstung verstehen. Alles dies erhöht die Chancen der atomaren und allgemeinen Abrüstung und macht sie noch realer.

\*

Die Marxisten gehen davon aus, daß der Kapitalismus, ob ein neuer Weltkrieg kommt oder ob es gelingen wird, ihn zu vermeiden, auf jeden Fall untergehen wird, daß ihn unvermeidlich der Sozialismus ablösen wird. Jedoch ist es den Werktätigen durchaus nicht gleichgültig, um welchen Preis der Sieg des Sozialismus errungen wird. Wenn es den Imperialisten dennoch gelingt, einen neuen Weltkrieg zu entfesseln, dann wird dies natürlich zur vollständigen Vernichtung der Aggressoren und zum Untergang des kapitalistischen Systems führen. Aber im Feuer des Atom- und Wasserstoffkrieges würde die Menschheit unzählige Opfer bringen, würden die Zentren der modernen Produktion zerstört, zahlreiche Werke der Wissenschaft und der Technik vernichtet und würden die größten Schöpfungen des menschlichen Genius zugrunde gehen. Der Tod von Millionen Menschen, die noch nie dagewesene Zerstörung materieller und geistiger Werte würden die Menschheit unvermeidlich so weit zurückwerfen, daß, obgleich der Kapitalismus als System schneller als unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz untergehen würde, der

Fall eintreten kann, daß der Zerstörungsgrad den Weg der Gesellschaft zum Kommunismus erheblich langwieriger machen würde.

Daher gehen die Kommunisten bei ihren Aktionen von einer anderen Perspektive aus, nämlich von der Möglichkeit einer langen friedlichen Koexistenz zweier Systeme. Natürlich betrügen sich die Kommunisten nicht mit der Hoffnung, daß die aggressiven imperialistischen Kreise die Prinzipien der friedlichen Koexistenz freiwillig annehmen werden. Die Natur des Imperialismus ist so, daß er Kriege hervorbringt. Jedoch müssen die ringsumher vor sich gehenden Veränderungen berücksichtigt werden, und man darf die Augen vor der Massenbewegung zum Schutze des Friedens nicht verschließen. Gestützt auf die wachsende Kraft des sozialistischen Lagers und auf die mächtige Bewegung zum Schutze des Friedens, kann man den Frieden erhalten und die Imperialisten zwingen, auf die Politik des Krieges zu verzichten. Dies ist eine schwierige Aufgabe, aber die Kommunisten können die Geduld nicht verlieren. Dabei verbargen und verbergen die Kommunisten niemals ihre Überzeugung, daß die Politik der Koexistenz und der Wettbewerb der beiden Systeme früher oder später zum Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus im Weltmaßstab führen werden.

\*

Die Marxisten-Leninisten treten für die friedliche Koexistenz der Länder mit verschiedener Gesellschaftsordnung ein und verzichten dabei durchaus nicht auf den ideologischen Kampf mit dem Kapitalismus, sie erkennen die Rechtmäßigkeit gerechter Befreiungskriege gegen die Kolonialherren an und unterstützen sie mit aller Kraft; sie schicken sich durchaus nicht etwa an, die friedliche Koexistenz auf die Beziehungen zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten sowie Unterdrückten auszudehnen, ihr Kampf kann durch keinerlei Politik und durch keinerlei Übereinkünfte beseitigt werden; denn dies ist ein objektives Gesetz der antagonistischen Gesellschaft, das zur unvermeidlichen revolutionären Liquidierung der Ausbeutung und der Unterdrückung führt. Die Imperialisten fürchten auch deshalb die friedliche Koexistenz, weil sich bei einer erfolgreichen Politik zur Milderung der internationalen Lage, wie sie von den sozialistischen Ländern verfolgt wird, die inneren Widersprüche in den militaristischen und politischen Blocks des Kapitalismus verstärken und sich die zentrifugalen Kräfte in ihnen vergrößern. Unter den Bedingungen der Entspannung und der Verstärkung des Kampfes für die Abrüstung werden die Positionen der aggressiven militaristischen Gruppen des Monopolkapitals geschwächt, und dies erleichtert den Kampf der Volksmassen innerhalb der kapitalistischen Länder gegen dieses Monopolkapital.

# Die französische Atombombe und das erwachende Afrika

Von Prof. Alfred Kastler, Präsident der Französischen Föderation gegen die Atombewaffnung

Der nachfolgende Artikel ist in der französischen Monatsschrift „Droit et Liberté“ erschienen. Herr Prof. Kastler war so freundlich, uns diesen Beitrag, der einen scharfen Angriff auf die Atomwaffenpläne de Gaulles enthält, zur Verfügung zu stellen.

Die 3. französische Atombombe wurde soeben auf dem afrikanischen Kontinent zur Explosion gebracht. Die ausländische Presse hat dieses Ereignis mit einer resignierten Gleichgültigkeit verzeichnet. Man muß jedoch den offiziellen Protest der japanischen Regierung und die Ablehnung der kanadischen Regierung unterstreichen. Die Regierung von Ghana, des Sudan und von Nigeria haben ihrer Entrüstung Ausdruck verliehen.

Wir wollen nicht in Abrede stellen, daß alle Vorsichtsmaßnahmen, um die physiologischen Gefahren auf ein Minimum zu reduzieren, getroffen wurden und geben zu, daß das Risiko nur gering war. Aber das ist nicht die Frage. Das Problem, um das es sich dreht, ist kein Problem der Gesundheit und der Sicherheit. Es ist vielmehr ein politisches Problem, von dem die Zukunft der französischen Gemeinschaft abhängt, die augenblicklich auf neuen Grundlagen aufgebaut wird.

Noch mehr als die Vertreter der alten Zivilisation sind die afrikanischen Völker in ihrer noch jugendfrischen Seele erschüttert über den Mißbrauch der wissenschaftlichen Errungenschaften für Zerstörungszwecke. Sie, die sich durch ihren Zustand der Unterentwicklung der Reichtümer der Erde beraubt fühlen, können nicht verstehen, daß zivilisierte Völker, statt ihnen zu helfen, diese Reichtümer zu erringen, auf ihrem Territorium auf solch sinnlose Weise Geldmittel ver-

ler, wenn wir die Kraft und die Tiefe dieser Gefühle unterschätzen.

Als die Rede davon war, auf Korsika unterirdische Explosionen — das heißt also solche Versuche durchzuführen, die nicht die Gefahren der überirdischen Explosionen haben — war die Empörung unter den Korsen so groß, daß die Regierung es vorgezogen hat, auf ihren Plan zu verzichten.

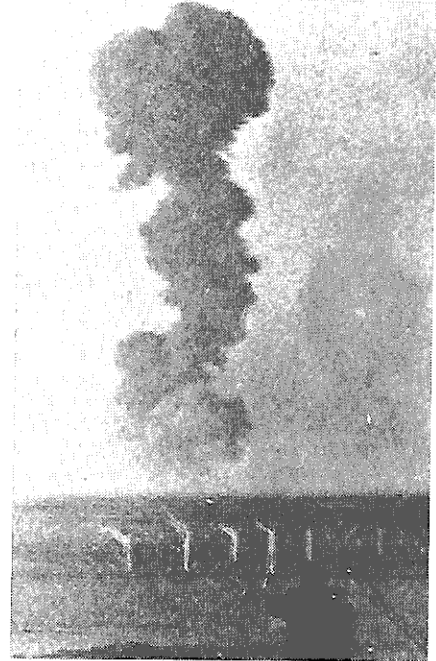
Als man im Mittelmeer den radioaktiven Atom Müll versenken wollte, und zwar unter Einhaltung der genauesten Sicherheitsvorschriften, hat der Widerstand eines kleinen Fürstentums genügt, um diese Operation zu verhindern. Die Regierung beachtet also in weitgehendem Maße die gefühlsmäßigen Reaktionen der europäischen Bevölkerung. Wenn aber solche Reaktionen von anderen Völkern bekundet werden, finden sie bei der Regierung keine Beachtung.

Wie kann es nur geschehen, daß man an den verantwortlichen Stellen nicht begreift, wie sehr eine solche Diskriminierung die afrikanischen Völker verletzt? Vielleicht mehr noch als die eigentlichen Fakten.

Wir kennen verschiedene Gegenargumente:

Die Einrichtungen von Reggane wurden beschlossen, als Frankreich noch souverän über Nordafrika regierte. Man hat dort bedeutende Summen investiert. Man kann nicht auf diese Investitionen verzichten. Die Beziehungen zwischen Frankreich und den

Derartige Veränderungen hervorgerufen zu haben ist ein Aktivum des augenblicklichen Regimes. Aber man muß wissen, was man will! Wenn die französischen Atombomben auch weiterhin auf dem afrikanischen Kontinent zur Explosion gebracht werden,



... und sein Ergebnis

riskieren wir, dieses ganze Werk wieder zu zerstören und erwecken den Anschein, daß wir diesen Völkern, die wir gerade erst emanzipiert haben, eine Herausforderung entgegenschleudern. Wir kompromittieren die freundschaftlichen Beziehungen, die Frankreich mit diesen jungen Nationen verbindet, auch mit denen, die augenblicklich noch in der UNO und an anderen Stellen uns ihren Willen zur Kooperation versichern. Dürfen wir unter dem Vorwand, kostspielige Investitionen nicht aufzugeben, diese Freundschaft aufs Spiel setzen? Das Risiko ihres Verlustes eingehen?

Die Hohenpriester unserer psychologischen Aktion, sind sie denn völlig unfähig, die Argumente einer elementaren, aber grundsätzlichen Psychologie zu begreifen und sich an den Platz der afrikanischen Völker zu versetzen?

Wie wären denn ihre eigenen Reaktionen, wenn die schwarzen Völker Afrikas die Kernenergie entdeckt hätten und eine unserer Provinzen als Versuchsfeld ausgewählt hätten?

Frankreich hat vor wenigen Monaten seine Unterschrift unter einen internationalen Vertrag gesetzt, der zum Ziel hat, den antarktischen Kontinent vor jedem Kernwaffenversuch zu bewahren. Wie glücklich sind doch die Pinguine vom Südpol!

Sie werden also nicht die apokalyptischen Ängste ausstehen müssen, die die Menschheit bedrängen. Aber ist es vernünftig, den Menschen, gleichgültig wie ihre Hautfarbe ist, das zu verweigern, was man in so großzügiger Weise Kontinenten zubilligt, die nur von einigen wenigen Tieren bewohnt werden?



Der Druck auf den Knopf... (im Bild der frz. General Thiry)

schwenden. Für sie ist die Wissenschaft eine menschliche Aktivität, die heilig ist und nicht entheiligt werden darf.

Eine solche Profanierung, wie sie jetzt auf ihrem Kontinent vollzogen wird, wirkt sich in ihren Augen wie ein Attentat gegen ihr Land und ihre Seele aus.

Wir begehen einen sehr großen Feh-

früheren Kolonialvölkern haben sich schnell entwickelt. Heute sind sie nicht mehr aufgebaut auf einer gewaltsamen Beherrschung. Diese Völker haben inzwischen ihre Souveränität erungen und ihre Beziehungen sind die von Gleichberechtigten geworden, die sich auf Freundschaft, gegenseitigem Vertrauen und gemeinsamen Interessen stützen.

## Frische Luft an Amerikas Universitäten

Nach einem Schweigen von einigen Jahren auf den Universitäten Amerikas beginnen viele Studenten, sich ernstlich für politische und gesellschaftliche Fragen zu interessieren. Ebenso wie die in letzter Zeit gezeigte Teilnahme an den „Sit-in“-Bewegungen für die Integration der Rassen ist dieses steigende Interesse ein handelnder Teil des Universitätslebens. Dieses Interesse für die Verhinderung von Zerstörung durch Atomexplosionen spielt eine wichtige Rolle in der politischen Tätigkeit unter Studenten. Der Studentenfriedensverein (Student Peace Union), erst vor anderthalb Jahren begründet, hat jetzt Mitglieder in 120 Universitäten und hat mehr als 40 Tochtergruppen überall im Lande. Die monatliche Zeitschrift, *the Bulletin*, hat eine Auflage von etwa 3000.

Dem Beispiel des „britischen Kampfes für die atomare Abrüstung“ („British Campaign for Nuclear Disarmament“) folgend, hat sich der Studentenfriedensverein viel auf diesem Gebiet beschäftigt. Voriges Jahr in der Osterwoche marschierten in Chicago ungefähr 200 Mann für den Frieden. Dieses Jahr hat sich die Zahl verdop-

pelt. Eine Versammlung in New York am Vorabend der Gipfelkonferenzen brachte mehr als 13 000 zusammen unter der Patenschaft des „Komitees für eine vernünftige Kernpolitik“ (Committee for a SANE Nuclear Policy). Der Studentenfriedensverein schickte zwei Studenten zu der Gipfelkonferenz; diese Studenten brachten eine Bittschrift für Weltfrieden und Abrüstung mit, worauf die Unterschriften von mehr als 10 000 Studenten standen. Diesen Sommer wurde eine Bittschrift mit den Namen einiger tausend Studenten zu beiden politischen Konventionen abgeliefert. Sie war ein Ausdruck der Beunruhigung amerikanischer Studenten, ein Ausdruck ihrer Hoffnung, den Rüstungswettlauf zu enden und eine Alternative zum kalten Kriege zu finden.

Unter den sonstigen Tätigkeiten wurden einige tausend Flugblätter für Studenten über verschiedene Themen verteilt. Im vergangenen Jahr haben mehr als 60 000 Studenten die Publikationen des Studentenfriedensvereins gelesen. Märsche für den Frieden und andere wirkungsvolle Unternehmen bilden einen wichtigen Teil des Programmes des Vereins. Mit einigem Erfolg wurde auch ein Kampf gegen

militärische Ausbildung auf den Universitäten unternommen.

Die Mitglieder des Studentenfriedensvereins glauben nicht, daß durch Krieg eine Lösung zu den internationalen Streitigkeiten gefunden wird, sondern daß weder die Freiheit der Menschen noch die menschliche Rasse selbst in einer Welt existieren kann, die dem Militarismus übergeben ist. Der Studentenfriedensverein erkennt die Tatsache, daß sowohl der Osten als auch der Westen die Schuld für das heutige Scheitern der Verhandlungen trägt; deshalb ruft der Verein beide Weltmächte auf, ernstlich auf ein Ende des kalten Krieges hinzuwirken.

Der Studentenfriedensverein ist ein Beispiel der immer mehr wachsenden Sorge in den Vereinigten Staaten um Abrüstung und Frieden. Andere Gruppen, insbesondere das „Komitee für eine vernünftige Kernpolitik“, arbeiten auch mit Erfolg in dieser Richtung. Die Friedensbewegung in den Vereinigten Staaten verbindet sich mit den Bewegungen in Europa und in Asien, die nach einem Schluß zu der „Kernverrücktheit“ und nach Schöpfung einer freien und friedvollen Welt streben — eine Welt frei sowohl von östlichem wie auch westlichem Imperialismus und Unterdrückung.

Fortsetzung von Seite 7

zum Parteibeschuß erhoben wurde, hat im Grunde nur zwei Möglichkeiten. Er kann versuchen, in geduldiger Arbeit seine Freunde davon zu überzeugen, daß der Weg von Hannover geradewegs in die Arme von Adenauer führt. Sicher wird er sich damit allmählich durchsetzen. Georg Schröder bezeichnet in der „WELT“ das Ergebnis von Hannover als „den größten Triumph, den Adenauer für sich verbuchen kann“. Es heißt bereits, daß das neue Symbol der SPD die weiße Flagge sei.

Das allein aber würde nur dann genügen, wenn die Gegner der Atomrüstung unbegrenzt Zeit hätten. In Wahrheit steht Strauß kurz vor der Erreichung seines Zieles, die Wasserstoffbombe in die Hand zu bekommen. In einer solchen Lage darf man sich nicht einfach auf partei-interne Arbeit beschränken. Es ist Aufgabe gerade der bewußten und aktiven Sozialdemokraten, den Widerstand gegen Militarismus und Krieg aufrechtzuerhalten. Wir müssen unsere Freunde und Genossen in den Betrieben notfalls auch ohne die Unterstützung der Parteispitze in den Kampf gegen die Atomrüstung führen.

Für manchen wird das vielleicht sogar den bitteren Weg des Ausschlusses aus einer Partei bedeuten, an der sie auch in der Zeit des Terrors festgehalten haben. Es ist kaum ein Trost, daß sie sich sagen dürfen, daß sie sich treu geblieben sind, und daß die Führung es war, die den Verrat verübte. Niemand sollte seine Mitgliedschaft leichtfertig aufs Spiel setzen. Aber viel wichtiger, weil eine Lebensfrage für das deutsche Volk, ist es, daß der Kampf um die Erhaltung des Friedens und der Demokratie in Deutschland erfolgreich weitergeführt wird.

### Der Aufruf des Hiroshima-Komitees

**Wir freuen uns, daß jetzt auch in Österreich Stimmen laut werden, die die Abschaffung von Kernwaffen fordern. Unter dem Vorsitz von Universitäts-Professor Dr. F. Machatschki, Dr. Karl und Primar D. Dr. Georg Fuchs ist ein Österreichisches Hiroshima-Komitee gegründet worden. Wir veröffentlichen den Aufruf dieses Komitees: Vor 15 Jahren — Hiroshima, und die Liste der Unterzeichner dieses Aufrufs. D. Red.**

Gleichzeitig mit Millionen in allen Ländern der Erde gedenken wir der Opfer der ersten Atombombe und appellieren an das Gewissen der Regierungen und Staatsmänner, der Wissenschaftler und aller anderen. Die zwei Atombomben, die im August 1945 über Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurden, haben Hunderttausenden den Tod oder qualvolles Siechtum gebracht. Nicht wenige Menschen, die der Strahlung der Atombombe ausgesetzt waren, sind Jahre später an Geschwulstleiden und Leukämie erkrankt, und viele andere, die heute noch gesund scheinen, könnten als späte Opfer der Strahleneinwirkung dem gleichen Schicksal entgegengehen. Zahlreiche Kinder sind nach dem

Atomangriff krank oder mißgestaltet geboren worden, auch wurde dem Erbgefüge der Bevölkerung ein unermesslicher Schaden zugefügt.

Das Gedenken an die Opfer von Hiroshima und Nagasaki verbinden wir mit dem Appell zur Einstellung der Versuchsexplosionen mit Atom- und Wasserstoffbomben und zur Abschaffung der Kernwaffen. Das Schicksal von Hiroshima droht heute jeder Stadt, ja der ganzen Menschheit. Mögen wir alle einen Weg finden, die Errungenschaften von Wissenschaft und Technik nur für friedliche Zwecke, zur Bekämpfung von Krankheiten und zur Mehrung des Wohlstandes anzuwenden!

#### Es haben unterzeichnet:

Dr. Günther Anders, Dir. Karl Bäuerle, Frau Alban Berg, Paul Blau, Primarius Doz. Dr. Josef Blöck, Univ.-Prof. Dr. Engelbert Broda, Dr. Julius Deutsch, Staatssekretär a. D., Primarius Dr. Walter Dobretsberger, Kirchenrat Prof. D. Dr. Franz Fischer, Primarius D. Dr. Georg Fuchs, Oberstudienrat Dr. J. E. Görlich, Redakteur Walter Hacker, Henriette Hainisch, Univ.-Prof. Dr. Wilhelm Halden, Univ.-Prof. Dr. Erich Hayek, Josef Hindels, Dr. Robert Jungk, Univ.-Prof. Dr. Marius Kaiser, Univ.-Prof. Dr. Berta Karlik, Dr. Sigmund Kenedy, Tilly Kretschmer-Dorninger, Rudolf Leon, Chefredakteur Dr. Friedrich Lorenz, Bundesrat Prof.

Dr. Karl Lugmayer, Univ.-Prof. Dr. Felix Machatschki, Univ.-Prof. Dr. Hans Nowotny, Vikarin Dr. Stefani Prochaska, Univ.-Prof. Dr. Karl Przi Bram, Dr. Martin Rokita und Ernst Schwarcz (für Internationaler Versöhnungsbund, Österreichischer Zweig), Ilse Sattler-Dornbacher, Margarethe Scherer (für die Religiöse Gesellschaft der Freunde [Quäker] in Wien), Dr. Thomas Schönfeld, Karl Schulhofer (Präsident der Österreichischen Albert-Schweitzer-Gemeinde), Hochschulprofessor Dr. Erich Schwarz-Bergkampff, Univ.-Prof. Dr. Gustav Stratil-Sauer, Emma Uitz, Univ.-Prof. Dr. Albert Wiedmann.

# Bücher und Zeitschriften

Heinrich Vogel:

Um die Zukunft des Menschen im atomaren Zeitalter. Berlin: Lettner-Verlag, DM 9,80.

Gerade in einer Zeit, da die SPD auf den Natokurs eingeschwenkt ist und damit — ob es nun zugegeben oder einstweilen noch abgestritten wird — auch die Atombewaffnung bejaht, kann man ein Buch wie dieses, das zum Kampf gegen den Wahnsinn der Atomrüstung ruft, nur lebhaft begrüßen. Heinrich Vogel hat neun Aufsätze und Reden aus den vergangenen drei Jahren gesammelt, darunter den aufrüttelnden Appell, den er im März 1958 in der Frankfurter Kongreßhalle zur Eröffnung der Protestbewegung „Kampf dem Atomtod“, die von der SPD einst initiiert, nun aber schmachlich verraten worden ist, an die Bevölkerung Westdeutschlands gerichtet hat.

Alle Gedanken des Buches konzentriert Vogel auf die Frage nach dem Menschen. Ihn sieht er in seiner Existenz durch die Massenvernichtungsmittel bedroht, und ihn aus der Gewöhnung, an die Atomwaffen herauszureißen, in die er nach anfänglichem Aufbegehren durch eine der Vernebelung dienende Detaillierung und Subtilität der Atomdiskussion gefallen ist, stellt er sich als vornehmste Aufgabe. Immer wieder wird der Wust angeblickt tiefschürfender Gedanken durchstoßen und die ganze Problematik auf die einfache, aber grundsätzliche Frage hingelenkt: Gibt es einen erdenklichen Zweck, der den Einsatz atomarer Waffen rechtfertigen kann? Ein klares Nein wird dieser Frage entgegengesetzt. Wer auch nur die Möglichkeit einkalkuliert, Atomwaffen einmal einsetzen zu können oder zu müssen, wird als Nihilist bezeichnet, dessen Handeln gegenüber der philosophische Nihilismus „nur wie ein Schatten anmutet“.

Als Theologe sieht Heinrich Vogel den Menschen nicht nur in der politischen Realität dieser Welt. Deshalb urteilt er auch nicht nur von moralischen Postulaten aus über ihn. Der Mensch steht als Geschöpf vor Gott, der ihn liebt „und für den Christus gestorben und auferstanden ist“. Aus dieser Tatsache erwächst der letzte, entscheidende Grund für die leidenschaftliche Ablehnung der Atomrüstung. „Wir, die wir nicht nur aus rationalen, humanen, kulturellen und moralischen Erwägungen die Massenvernichtungsmittel ablehnen, haben unsere Ablehnung immer wieder auf den kleinen, schwerwiegenden (schwerer als Himmel und Erde wiegenden!) Satz konzentriert: Das ist Sünde.“

Mit beißender Schärfe wendet sich Heinrich Vogel gegen die Theologen, die mit scheinbar tiefsinnigen, aber oft eben nur unsinnigen Argumenten die Gewissen der Menschen einzuschläfern versuchen und machthungrige Politiker ermutigen, auch zu Atomwaffen zu greifen, um ihre Ziele durchzusetzen. Diese Ziele, ob sie nun Freiheit, Menschenwürde oder christliches Abendland genannt werden, werden als Ideologie aufgedeckt, die im Freund-Feind-Schema auch in die Kirche eingedrungen ist. Deshalb ruft Vogel die Kirchen auf, den Kalten Kirchenkrieg zu

überwinden, um für den Friedensdienst an der Welt freizuwerden.

Wenn Heinrich Vogel auch bewußt als Theologe und nicht als Politiker spricht, wie er einmal ausdrücklich betont, so vergißt er doch nie die dem Christen gestellte politische Verantwortung. Daß die Atombewaffnung die politische Demokratie unterhöhlt, wird genauso scharf hervorgehoben wie die Notwendigkeit einer atomfreien Zone in Mitteleuropa, wie sie der Rapackiplan vorschlägt. In manchem Aufsatz würde man es allerdings begrüßen, wenn die theologischen Erkenntnisse noch stärker und bewußter auch auf die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse bezogen würden. Eins jedenfalls wird jedem nach der Lektüre dieses Buches klar sein: kein Christ kann, ohne Gott zu lästern, einem Politiker folgen, der die Atombewaffnung gutheißt.

Heinrich Vogels Buch muß jeder, dem es ernsthaft um die Zukunft der Menschheit geht, eine weite Verbreitung wünschen. Es legt nicht nur alle Probleme der Atomrüstung klar dar, sondern gibt auch eindeutige Antworten. Es ist erfreulich gefällig geschrieben — ohne wissenschaftliche Fachsimpelei und ohne frömmelerische Phrasen, wie sie oft bei Heinrich Vogels Gegnern anzutreffen sind.

hst

## Atomzeitalter

Eine Monatszeitschrift, herausgegeben von Stefan Andres, Gerd Burkhardt, Heinz Kloppenburg in der Europäischen Verlagsanstalt Frankfurt am Main.

Eine vorzüglich gemachte Zeitschrift: Gut geschrieben, graphisch ausgezeichnet, sehr informative Berichte über wissenschaftliche Entwicklungen, gute aktuelle Informationen. Die Summe davon ist gleichwohl etwas unbefriedigend. Es fehlt dem Ganzen der Kern einer entschieden zur Diskussion gestellten politischen Konzeption. Nicht daß die Zeitschrift gänzlich unpolitisch wäre; die Herausgeber der Zeitschrift bekennen sich zu der Auffassung, daß „die atomare Bewaffnung der Bundeswehr eine verhängnisvolle Erhöhung der Gefahrenmomente in sich schließt“ (H. Kloppenburg)

Aber dieser Standpunkt wird merkwürdig verschämt und beiläufig vertreten, gewissermaßen so, daß man es nicht gleich merkt. Vor allem aber werden aus ihm keinerlei Folgerungen gezogen. Das von der Zeitschrift geförderte Sachgespräch erstreckt sich vom Reaktorbau bis zur Raketentechnik; darauf aber, wie die Gegner der atomaren Aufrüstung heute ihren Kampf führen können, wird kein Gedanke verschwendet. Das ist bedauerlich; es erklärt sich wohl auch nur aus

dem für die Herausgeber bestehenden Zwang, sich nicht zu weit von der Linie einer Partei zu entfernen, die die deutsche Atombombe schon akzeptiert hat.

## Das Gewissen

„Japan liegt weit — und Hiroshima 1945 liegt noch weiter. Der deutsche Spießbürger vergißt, daß die ersten Atombomben deutschen Städten zugebracht waren und schließt die Augen vor der Tatsache, daß morgen in gesteigerter Schrecklichkeit fortgesetzt werden kann, was gestern in Hiroshima begonnen wurde!“ Nach diesen Worten breitet Wolfgang Bartels, der in leidenschaftlicher Empörung gegen Unvernunft, Unmenschlichkeit und Irrwahn predigt, sein GEWISSEN vor uns aus — über fünfzig Hefte einer Zeitschrift „Das Gewissen“, die er zur Bekämpfung der Atomgefahren unter persönlichen Opfern bereits im fünften Jahr herausgibt und redigiert. Wir blättern in den Heften, die — zusammengesesehen — ein Lehrbuch von der Sinnlosigkeit des Krieges abgeben und zur Verantwortlichkeit zwingen müßten: Artikel über Gesundheitsschäden nach Atomversuchen, über Zwecklosigkeit eines Atomluftschutzes, über verschärfte Atom-Aufrüstung nach dem Scheitern der Genfer Abrüstungsgespräche oder über die schleichende Krise der Anti-Atombewegung in Westdeutschland. „Sehen Sie“, sagt Bartels, „meine Zeitschrift ist weder ein Unterhaltungs- noch ein Zerstreungsorgan, sondern eine Kampfzeitschrift zur Aufrüttelung der Gewissen!“

Albert Schweitzer schrieb in einem Brief an Wolfgang Bartels: „Das Gewissen“ hat dazu beigetragen, daß mein Gewissen mich bewog, das Ansehen, das ich in der Welt besitze, dazu zu benutzen, der Wahrheit über die Atomgefahr Gehör zu verschaffen. Mein Gewissen schuldet also Ihrer Zeitschrift und Ihnen Dank. Das werde ich nie vergessen.“

Rolf Seeliger

Der Verlag Karl Thieme, München 9, hat ein Buch herausgebracht, das für die Ärzte unter unseren Lesern von besonderer Bedeutung ist: O. Messerschmidt, Auswirkungen atomarer Detonationen auf den Menschen. Ärztlicher Bericht über Hiroshima, Nagasaki und den Bikini-Fall-out. Mit einem Geleitwort von Professor Masao Tsuzuki, Tokio, und einem Vorwort von Professor Hanns Langendorff, Freiburg. XVI, 296 Seiten, Format 15x22,8 Zentimeter, über 200 Abbildungen, davon 20 farbig, Leinen 48,— DM.

# Blick in eine friedliche Zukunft

Prof. Dr. Fritz Baade: Der Wettlauf zum Jahre 2000  
Gerhard Stalling Verlag, Oldenburg und Hamburg 1960.

Wie wird die Welt im Jahre 2000 aussehen? Diese Frage ist heute nicht mehr Gegenstand der Spekulation geistvoller Utopisten, sondern Forschungsaufgabe der Wissenschaftler. Prof. Baade, der Direktor des Weltwirtschaftsinstituts an der Universität Kiel, hat sich in seinem Buch die Aufgabe gestellt, einem breiten Leserkreis in allgemeinverständlicher Weise darüber Aufschluß zu geben, wie die industrielle, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der nächsten vierzig Jahre verlaufen wird. Obwohl also der Wissenschaftler gleichsam vom Katheder herabgestiegen ist und sich an die Allgemeinheit wendet, hat sein Buch doch alle Vorzüge eines wissenschaftlichen Werkes. Es ist nüchtern und sachlich; es enthält keine bloßen Vermutungen, sondern gibt dem Leser zu jeder Frage soviel Material an die Hand, daß er sich selbst ein Urteil bilden kann. Dem Buch haftet insofern durchaus nichts Sensationelles an.

Wieso hat „der Wettlauf zum Jahre 2000“ Aufsehen erregt? Ein Grund dafür ist, daß Baade in der Sprache des Wissenschaftlers, der über Propagandaphrasen steht, einige Tatsachen deutlich ans Licht hebt, die bislang nicht so klar gesehen wurden. — Darüber später. Was das Buch aber vor allem auffallen läßt, ist die völlig unpolemische Behandlung des Ost-West-Gegensatzes. Baade steht, wie er wiederholt versichert, dem politischen und wirtschaftlichen System des Ostblocks ohne große Sympathie gegenüber. Aber das ist beiläufig. Entscheidend ist der konsequent durchgeführte Gedanke, daß es für Wert oder Unwert der grundverschiedenen Systeme des Ostens und des Westens nur auf den Erfolg ankommt, und zwar auf den Erfolg bei der Lösung der Entwicklungsprobleme der Menschheit. Baade denkt in den Begriffen der Koexistenz. Der Krieg, sei es der heiße Raketenkrieg oder der kalte Propagandakrieg, ist für ihn kein Mittel der Politik mehr.

## Erhaltung des Friedens als wichtigste Aufgabe

An dieser Stelle klafft allerdings in jeder Voraussage eine Lücke. Wer vermöchte vorherzusagen, daß es bis zum Jahre 2000 nicht zum Weltvernichtungskrieg zwischen den beiden Machtblöcken der Erde kommen werde? Hier endet eigentlich der Bereich des Wissenschaftlers. Baade kann nur darauf hinweisen, daß dieser Krieg wahrscheinlich das Ende der Menschheit wäre. Als ein Mann, der im politischen Leben steht, weiß er aber überdies, daß der Krieg tatsächlich vermeidbar ist und nicht unaufhaltsam wie ein Verhängnis auf uns zukommt.

Am Anfang des Buches steht daher ein großes „Wenn“. Es wird am Ende noch einmal aufgenommen in der optimistischen Utopie „Wie die Erde gerettet wurde“. Die Rettung erfordert darnach

- Einstellung aller Atom- und Wasserstoffbombenversuche,
- Konzentration aller Vorräte von bereits hergestellten Bomben auf einer Insel unter Weltkontrolle,
- Herausgabe kontrollierter Mengen

von Spaltstoffen für Atomenergieforschung und Versuchskraftwerke,

- radikale Abrüstung auch bei den konventionellen Waffen,
- Verwendung der Abrüstungersparnisse für eine Welthilfe an die Entwicklungsländer,
- Beschränkung des Abschusses von Weltraumraketen auf künstliche Satelliten, die die Erde und den Mond umkreisen, und zwar als Teil eines Gemeinschaftsforschungsprogramms der östlichen und der westlichen Welt.“ (S. 282)

Unpolitische Wissenschaft ist ebenso sinnlos wie eine Politik, die die Ergebnisse der Wissenschaft auf kein Ergebnis nimmt. Baade ist vornehmlich Wissenschaftler — sein Buch ist in hohem Maße auch ein politisches Buch. Die Sicherung des Weltfriedens ist — schon rein im logischen Sinne — Voraussetzung jeder Vorhersage für das Jahr 2000. Es ist aber offensichtlich, daß Baade die Frage nach dem Frieden, seiner Erhaltung und Sicherung nicht allein deswegen stellt, weil er ihr vom Thema her nicht ausweichen kann, sondern daß diese Frage Angelpunkt seines Denkens ist. Es sind politische Forderungen, die Baade erhebt, die Begründung dieser Forderung aber und die Argumente sind wissenschaftlich. In beispielhafter Weise ist hier die Verknüpfung einer modernen Tatsachenswissenschaft mit einer fortschrittlichen, auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Politik vollzogen.

## Wettlauf zwischen Ost und West

Zu den bedeutenden Gedanken des Buches zählt der Vergleich der Koexistenz zwischen östlicher und westlicher Welt mit einem Wettlauf. Andere Autoren hätten sich als Vergleichsgegenstand auf sportlichem Gebiet sicher Ringkampf, Tauziehen oder dergleichen ausgesucht, d. h. Kämpfe, bei denen der entscheidende Akzent auf dem Gegenüber liegt. Baade erkennt dagegen, daß es nicht darauf ankommt, den Gegner unterzukriegen oder ihm etwas abzunehmen. „Wenn in diesem Buch häufig das Wort ‚Wettlauf‘ gebraucht wird, so darf dabei nicht in Begriffen wie bei Fußballwettkämpfen gedacht werden. Bei dem Wettlauf zwischen den Völkern der Erde kommt es nicht darauf an, wer mehr Tore schießt, wer weiter wirft, höher springt, schneller läuft oder schwerer stemmt. Der Sinn dieses Wettlaufes liegt darin, daß jedes einzelne Volk versuchen muß, ein Höchstmaß an Beitrag zur Weltentwicklung zu leisten.“ (S. 16)

Beitrag zur Weltentwicklung, das heißt: Beitrag zur Lösung der Probleme, die die nächsten vierzig Jahre uns stellen werden. Vor allem das zu erwartende explosionsartige weitere Anwachsen der Menschheit stellt Politik, Wissenschaft und Technik vor schwierige Fragen. Im Jahr 2000 wird die Erdbevölkerung nach ziemlich genauen Schätzungen über 6 Milliarden betragen. Bei welcher Zahl diese Entwicklung ein Ende finden wird, ist noch nicht abzusehen. Wenn man bedenkt, daß heute ein erheblicher Teil der Mensch-

heit hungert, so folgt daraus, daß bis zum Jahre 2000, d. h. innerhalb von vierzig Jahren, die Nahrungsproduktion der Erde verdreifacht werden muß. (S. 32)

Ist diese gewaltig erscheinende Aufgabe überhaupt zu lösen? Baade zeigt, daß die Menschheit, wenn sie den Frieden bewahrt, durchaus nicht zu verzagen braucht. Bessere Ausnutzung der schon in Kultur genommenen Bodens, besseres Saatgut, bessere Düngung, Einsatz moderner Landmaschinen, Fruchtbarmachung weiter Gebiete durch Bewässerung, schließlich Ausnutzung der bisher fast unerschlossenen Nahrungsmittelreserven der Weltmeere, das sind die Möglichkeiten, die sich bieten. Amerika und Rußland, insbesondere aber auch China, haben in den letzten Jahren auf landwirtschaftlichem Gebiet bedeutende Leistungen erzielt. „Die ersten Schritte zur Kollektivierung... sind in China mit einem Erfolg zurückgelegt worden, der staunenswert ist. Es hat im chinesischen Bauerntum offenbar keinen weiter verbreiteten Widerstand gegen die Kollektivierung gegeben, sondern es ist gelungen, in den meisten chinesischen Dörfern geradezu einen Enthusiasmus der Bauern für die Kollektivierung zu erwecken. Von Jahr zu Jahr hat der erste Fünfjahresplan in China den Bauern nicht eine Verschlechterung, sondern eine ausgesprochen fühlbare Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage gebracht.“ (S. 92) Andere Staaten, insbesondere zahlreiche Entwicklungsländer, z. B. Indien, haben derartige Erfolge nicht aufzuweisen. Ihrem sprunghaften Bevölkerungswachstum steht eine nur sehr allmähliche, unzureichende Steigerung der Nahrungsmittelproduktion gegenüber. China dagegen ist es gelungen, seine Getreideerzeugung weit höher zu steigern, als es dem Wachstum der Bevölkerung entspricht. (S. 90)

## Wie wird der Wettlauf um die Entwicklungsländer ausgehen?

Die Frage, wo sich die Entwicklungsländer ihre Vorbilder holen werden, ist viel wichtiger als die, wo sie sich materielle Hilfe holen. Dies gilt nicht nur auf dem Sektor der Landwirtschaft, wengleich es für den großen Teil der Entwicklungsländer der entscheidende ist. Ob die Entwicklungsländer ein bestimmtes wirtschaftliches System übernehmen, hängt nun vor allem davon ab, ob dieses System auf ein industriell und landwirtschaftlich unterentwickeltes Land übertragbar ist, mit anderen Worten, ob es robust genug ist, um auch in einem Lande zu funktionieren, das erst am Anfang einer modernen Entwicklung steht.

Fast alle Entwicklungsländer stehen bei der Planung der Verbesserung ihrer Landwirtschaftsstruktur und der Einleitung der Industrialisierung vor ähnlichen Problemen, wie sie China innerhalb des letzten Jahrzehnts in Angriff genommen und praktisch gelöst hat. Es ist daher verständlich, daß für alle Entwicklungsländer das chinesische Beispiel eine große Ausstrahlungskraft besitzt. Dagegen gibt es bisher kein westliches Modell, das in der Praxis ähnliches geleistet hat. „Wenn die Entwicklungsländer nicht gezwungen sein sol-

len, dieses chinesische System nachzuahmen, so müssen Methoden gefunden werden, deren Wirksamkeit dem Nutzeffekt dieses Systems wenigstens irgendwie vergleichbar ist. Der FAO-Bericht über die Türkei (Report on Turkey, Rom 1959 — D. Red.) ist in dieser Frage zu dem Ergebnis gekommen, daß der Türkei kaum etwas anderes übrigbleiben wird, als einen militärisch organisierten Arbeitsdienst einzuführen“ (S. 121, 122). Insoweit ist also ein deutlicher Vorsprung des Ostens festzustellen. Dies bedeutet natürlich noch keine Entscheidung des Wettlaufes, aber immerhin eine deutliche Warnung an den Westen. Die Bevölkerungszahl in den Ländern westlicher Prägung wird bis zum Jahr 2000 auf ungefähr 1 Milliarde ansteigen, die der Länder des kommunistischen Blocks und die der Entwicklungsländer dagegen auf je ungefähr 2,4 bis 2,6 Milliarden. Würden diese Länder auch kommunistisch, so stünden im Jahr 2000 etwa 5 Milliarden Kommunisten etwa 1 Milliarde Menschen in Ländern westlicher Prägung gegenüber. Wenn der Westen allerdings bereit wäre, die in die Rüstung gesteckten Milliarden als Entwicklungshilfe zu investieren, so würde das Bild wahrscheinlich ganz anders aussehen.

### Der Wettkampf der Gehirne

Bildungs- und Forschungswesen sind für die Zukunft eines Volkes entscheidend. Das ist sogar in der Bundesrepublik ein Gemeinplatz, wenn man auch im übrigen daraus keine Folgerungen zieht. In den USA dagegen versucht man auch praktisch der Tatsache Rechnung zu tragen, daß „unser wirklich großer Wettlauf mit der Sowjetunion auf dem Gebiet des Bildungswesens“ erfolgt. Gleichwohl ist der Vorsprung des Ostens gerade auf diesem Gebiet augenscheinlich. Eine Bilanz des Bildungswesens in der östlichen und westlichen Welt, wie sie Baade aufstellt, ergibt beispielsweise, daß die Sowjetunion jährlich 70 000 Diplomingenieure ausbildet gegenüber rund 30 000 in den USA. In der Bundesrepublik sind es jährlich 4500. Stellt man diese Zahlen zur Einwohnerzahl in Verhältnis, so ist die Zahl der jährlich ausgebildeten Diplomingenieure in der Sowjetunion viermal so groß wie in der Bundesrepublik. Das sind wahrlich erschreckende Ziffern für ein Land, daß einmal auf dem Gebiete der Technik in der Welt führend war! Vielleicht liegt es an den rund 12 Milliarden DM jährlichen Rüstungskosten, die alles verschlingen, was sonst für Forschung und Lehre getan werden könnte.

Übrigens darf man, wie Baade beweist, keinesfalls glauben, daß die russische Ausbildung schlechter sei; das Gegenteil ist eher richtig.

Was die naturwissenschaftliche Grundlagenforschung anlangt, so sind, Baade zufolge, die Sowjets praktisch heute schon die führende Macht in der Welt. Die Saumseligkeit insbesondere der bundesdeutschen Forschungshilfe reizt Baade hier zu bitteren Worten hin. Er schließt diesen Abschnitt mit dem Mahnruf: „Wir müssen nicht nur aufwachen, sondern viel Ballast, selbst an liebgewordenen Vorstellungen, über Bord werfen, wenn wir im Wettlauf bis zum Jahre 2000 auch nur einigermaßen bestehen wollen.“

Es ist für manchen sicherlich schockie-

rend, zu erfahren, daß im Zustand der Koexistenz der Westen leicht in die Gefahr geraten kann, überspielt zu werden. „Wären wir nicht mit der Bombe viel sicherer?“, mag der oder jener fragen. Zu sehr hat sich das Freund-Feind-Denken in den Gehirnen festgesetzt, als daß man es immer richtig in den Blick bekäme, worum es bei dem friedlichen Wettlauf geht. Wird nicht, welche Seite auch im Vorsprung sein

mag, in diesem Wettlauf auf jedem Fall Not und Elend eingedämmt oder beseitigt, wird nicht endlich vor allem für die Massen der unterentwickelten Länder das Leben dadurch lebenswert? Vielleicht wird in einer Welt, in der alle Menschen menschenwürdig leben, auch jener Ost-West-Gegensatz aufgehoben, der heute die Welt zerreißt und in der dauernden Gefahr sinnloser Vernichtung hält.

Prof. Baade

## Rüstungswettlauf wäre Unsinn

Mit freundlicher Erlaubnis des Gerhard Stalling Verlages drucken wir die nachstehenden Auszüge aus dem oben besprochenen Buch „Der Wettlauf zum Jahre 2000“ ab.

D. Red.

In den friedlichen Bereichen des wirtschaftlichen und staatlichen Lebens wird die Entwicklung bis zum Jahre 2000 von einem Wettlauf zwischen der östlichen und der westlichen Welt erfüllt sein. Wir haben gesehen, daß sich die westliche Welt sehr anstrengen muß, wenn sie in diesem Wettlauf einigermaßen gut abschneiden will.

Auf einem Gebiet aber darf kein Wettlauf mehr stattfinden: auf dem Gebiet der Rüstung. Diese Notwendigkeit ergibt sich für alle Länder aus der Tatsache, daß wir heute mit den Atom- und Wasserstoffbomben über Waffen verfügen, deren Anwendung den kollektiven Selbstmord der Menschheit bedeuten würde. Albert Einstein, der entscheidend dazu beigetragen hatte, den Präsidenten Roosevelt für das Projekt der Atombomben zu gewinnen, unterschrieb im Jahre 1955, kurz vor seinem Tode, eine Erklärung, in der es heißt: „Für den Fall einer massenhaften Verwendung von Hydrogenwaffen ist mit dem plötzlichen Tod eines kleineren Teils der Menschheit und mit qualvollen Krankheiten und schließlichem Absterben aller Lebewesen zu rechnen.“ Diese Feststellung ist buchstäblich wahr. Die überwältigende Mehrheit aller Wissenschaftler der Welt teilt diese Überzeugung.

Die einzige Konsequenz, die der Staatsmann aus dieser Tatsache zu ziehen hat, ist die radikale Abrüstung, nicht nur die Abschaffung aller Atom- und Wasserstoffbomben, sondern auch der konventionellen Waffen und die Umwandlung aller Heere der Welt in Arbeitsarmeen des Friedens.

Es war ein Ereignis, als Nikita Chruschtschow in seiner Rede vor den Vereinten Nationen am 18. September 1959 die Erkenntnis ausgesprochen hat, daß eine partielle Abrüstung schwieriger sein könnte als die radikale Abrüstung. Im Falle der teilweisen Abrüstung würden die Militärs mancher Länder sich solchen Kontrollen vielleicht zu entziehen versuchen, wenn, wie dies für eine wirksame Kontrolle notwendig wäre, Ausländer und damit mögliche „Feinde“ zu diesen Kontrollen beteiligt sind. Die bei weitem beste Lösung ist daher die radikale Abrüstung und dabei natürlich eine kontrollierte radikale Abrüstung.

Wir haben in diesem Buch gesehen,

daß die Welt imstande ist, den Kampf gegen den Hunger, so zu führen, daß der Hunger auf der ganzen Welt abgeschafft wird. Wir haben weiterhin gesehen, daß der Kampf gegen die Armut so geführt werden kann, daß die Armut in der Welt abgeschafft wird. Die Abschaffung des Hungers und der Armut aber ist nur möglich, wenn auch die dritte große Geißel der Menschheit abgeschafft wird, der Krieg.

Es gibt viele Diskussionen in der westlichen Welt über die Frage, ob der Vorschlag Chruschtschows ehrlich gemeint sei. Eins ist nicht zu bezweifeln: daß Chruschtschow gleichzeitig mit der radikalen Abrüstung auch die radikale Kontrolle angeboten hat. Sein Vorschlag hat im Prinzip auch die einstimmige Zustimmung der Mitglieder der Vereinten Nationen gefunden. Die nächsten Jahre werden nun unablässig Detailverhandlungen über die Durchführung der Abrüstung bringen. Chruschtschow ist dem Zögern, daß sich in der westlichen Welt gezeigt hat, bereits dadurch entgegengekommen, daß er sich auch mit einer schrittweisen Erreichung des Ziels einverstanden erklärte.

Wenn der leitende Staatsmann eines Landes den Vorschlag der Abrüstung aller Völker macht, so fragt man sich, ob dieser Vorschlag aus einer Schwäche oder aus einer Stärke heraus gemacht wurde. Die Antwort ist klar: Das Land, dessen Staatsmann diesen Vorschlag gemacht hat, ist eine der stärksten Militärmächte. Rußlands militärische Stärke und insbesondere die kombinierte Stärke des kommunistischen Blocks würde in den kommenden Jahren und Jahrzehnten nicht kleiner, sondern immer größer werden.

Wenn gerade Chruschtschow die radikale Abrüstung einschließlich der radikalen Kontrolle vorschlägt, so ist dies das wichtigste Faktum der neuzeitlichen Geschichte. Es ist ein Vorschlag, der im nüchternen Eigeninteresse Rußlands gemacht wird, denn Rußland kann die Früchte seiner fast zwangsläufig zu erwartenden wirtschaftlichen Erstarbung nur ernten, wenn sie nicht durch einen Krieg gefährdet werden. Das nüchterne Eigeninteresse hinter diesem Vorschlag besteht in dem Wunsch, keinen Selbstmord zu begehen. Aber dieses gleiche nüchterne Eigeninteresse liegt bei allen Völkern vor.

# Aus Inland und Ausland

## Dritter französischer Atombombenversuch

**Reggane/Sahara.** Am 27.12.1960. brachte Frankreich auf dem Versuchsgelände Reggane/Sahara eine dritte Atombombe zur Explosion. Es handelte sich nach den offiziellen Angaben um eine kleinere Versuchsbombe, die als Zünder für Wasserstoffbomben Verwendung finden kann. Zahlreiche Staaten, darunter auch Japan, haben ihre Empörung über dieses sinnlose und gefährliche Experiment zum Ausdruck gebracht. In einer Erklärung des Sekretariats des Weltfriedensrates heißt es: „Diese neuerliche Explosion einer Atombombe in der Sahara geht Hand in Hand mit der Intensivierung des Kolonialkrieges gegen das algerische Volk. Die französische Regierung beabsichtigt mit dieser Explosion, auch die Nationale Befreiungsbewegung in Afrika einzuschüchtern.“ Der Weltfriedensrat fordert, daß alle Völker der Welt außerordentliche Bemühungen unternehmen, um jeden neuen Kernwaffenversuch zu verhindern.

## NATO soll 4. Atommacht werden

**Paris.** (dpa) Auf der Sitzung des Atlantikrates in Paris am 16. 12. 1960 stellte US-Außenminister Herter den Vorschlag zur Diskussion, das Atomwaffenpotential der NATO entscheidend zu erhöhen. Im einzelnen schlug Herter vor: die Bereitstellung von 5 Atom-U-Booten mit je 16 Polaris-Raketen für das amerikanische Kontingent der NATO; die Amerikaner wollen prüfen, in welcher Weise anderen NATO-Ländern Atomwaffen zur Verfügung gestellt werden können; ferner soll erwogen werden, ob der NATO 100 weitere Polaris-Raketen geliefert werden können, die von Land aus eingesetzt werden.

Der Vorschlag bedarf noch der Zustimmung Kennedys.

Ein deutscher Sprecher erklärte im Anschluß an die NATO-Ratstagung, daß die in dem Vorschlag erwähnten 100 Polaris-Raketen von den NATO-Mächten, darunter auch von der Bundesrepublik, gekauft werden können. Die Bundesregierung hat dem Vorschlag Herters sofort zugestimmt.

## 1,7 Milliarden jährliche Mehrausgaben für Rüstung

**Bonn.** 1,7 Milliarden jährliche Mehrausgaben für Rüstungszwecke bringt der NATO-Plan MC 70 für die Bundesrepublik. Diese ungeheure Erhöhung begründete der Abgeordnete Niederalt (CDU) mit den Worten: „Wir sagen ja zu dieser Mehrausgabe in der Erkenntnis, daß unsere Gesamtpolitik auf tönernen Füßen stünde, wenn es uns nicht gelingen würde, die äußere Sicherheit zu erhalten.“ Der Fraktionsführer der CDU, Krone, verstieg sich sogar zu der Behauptung: „Auch die

Gelder für Strauß sind im Grunde Gelder für Kulturzwecke.“ Insgesamt stehen unter dem Oberbefehl von Strauß heute 492 000 Mann.

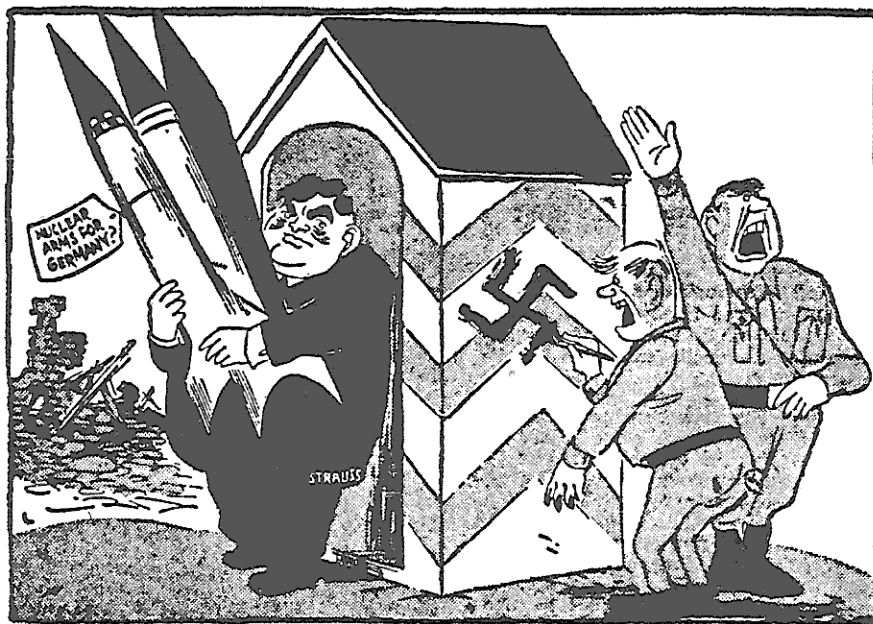
## Neutrale verlangen in der UNO Versuchsstop

**New York.** Österreich, Schweden und Indien haben in der UNO-Vollversammlung einen gemeinsamen Antrag eingebracht, in dem sie ein Abkommen der Atommächte über die völlige Einstellung der Kernwaffenversuche verlangen. Der österreichische UNO-Botschafter Dr. Matsch erklärte, die Vollversammlung solle ihren Appell an die drei Atommächte wiederholen, daß sie alle Anstrengungen unternähmen, um sich über die wenigen noch offenen Punkte zu einigen.

## Tagung des Weltfriedensrates

**Bukarest.** Am 23./24. November 1960 fand in Bukarest eine Tagung des Präsidiums des Weltfriedensrates statt. In einem Beschluß heißt es: „Die gebieterische Notwendigkeit einer totalen Abrüstung ist ein Gedanke, der immer mehr von den Menschen aller Länder unterstützt wird, und keine Regierung wagt es, sich offen dagegen auszusprechen. — Das Haupthindernis für die Abrüstung ist nicht technischer Natur. Es gibt Kräfte, die sich dagegen stemmen und die bisher alle Schritte zur Erreichung dieses Ziels wirksam verhinderten. Sie stützen sich dabei auf das Mißtrauen, das noch weiterhin die Nationen voneinander trennt.“ Das Präsidium des Weltfriedensrates ruft alle Organisationen

## Übertrieben?



Aus „Daily Mirror“, London

## Amerikanische Wissenschaftler für Anerkennung der DDR

**Baltimore.** 31 prominente amerikanische Historiker haben einen offenen Brief an den neugewählten Präsidenten Kennedy gerichtet. In diesem Brief fordern sie ein Programm für das kontrollierte Verbot der Kernwaffenversuche. Man müsse hierbei auch ein gewisses Risiko eingehen, um das viel größere Risiko einer Fortsetzung des Wettrüstens zu vermeiden.

Ferner fordern die Historiker die Anerkennung der Volksrepublik China und der Deutschen Demokratischen Republik als praktische Schritte zu einer friedlichen Lösung schwebender Konflikte. Die Anerkennung der DDR sei der einzige Weg, um zu einer Klärung des Berlin-Status zu gelangen.

und Bewegungen, die sich für die Abrüstung einsetzen, auf, ihre Bemühungen zu vereinigen, um so das Einverständnis der Regierung zu erreichen.

## Atomreaktor explodiert

**New-York.** Bei der Explosion eines Atomreaktors im nordamerikanischen Staat Idaho wurden am 4. Januar drei Menschen getötet. Nach einem Bericht der US-Atomenergiekommission ist in der Nähe des Reaktors und des Reaktorgebäudes nach der Explosion eine verstärkte radioaktive Strahlung festzustellen. — Das Ereignis beweist, daß Kernreaktoren durchaus nicht völlig katastrophensicher sind, wie im Zusammenhang mit der Errichtung von Reaktoren auf deutschem Boden behauptet wurde.

## Ärztetagung behandelt Strahlungsschäden

Genf. Auf Einladung der Weltgesundheitsorganisation und der internationalen Atomenergieorganisation fand vom 17.—22. Oktober in Genf eine Tagung von Wissenschaftlern statt, die sich mit der Behandlung von Strahlungsschäden befassen. Schwere Formen der Strahlenkrankheit sind gänzlich unheilbar. Bei leichteren Schädigungen kommen Hautübertragungen, Verpflanzungen des Rückenmarks und ähnliche komplizierte Eingriffe in Frage. Frühere Tagungen haben sich u. a. mit der Radioaktivität von Lebensmitteln und mit der Vererbung von Schäden aus radioaktiver Bestrahlung befaßt.

## Physiker gegen Verharmlosung moderner A-Bomben

Chicago. Der bekannte amerikanische Physiker David Inglis (Vorsitzender der Vereinigung amerikanischer Wissenschaftler) protestierte gegen die Wiederaufnahme der atomaren Versuchsexplosionen. Er forderte weitere Verhandlungen über ein Verbot dieser Versuche zwischen der Sowjetunion und den anderen Atommächten. In diesem Zusammenhang protestierte er auch gegen irreführende Meldungen über die geringere Gefährlichkeit neuentwickelter Atombombentypen. „Die von den neuen Bomben in hohem Maße freigesetzten Neutronenstrahlen wirken zerstörend auf menschliches Gewebe und verursachen eine intensive Strahlenkrankheit.“

## Japanischer Rat plant VII. Weltkonferenz

Tokio. Eine VII. Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben wird im August 1961 in Japan stattfinden. Dies wurde auf der 8. Generalversammlung des Japanischen Rats gegen A- und H-Bomben beschlossen. Die Generalversammlung des Japanischen Rats forderte als vorläufige Maßnahmen in Richtung auf eine allgemeine Abrüstung

- ein Übereinkommen über die Einstellung der Atombombenversuche,
- die Auflösung aller ausländischen Militärstützpunkte,
- die Errichtung kernwaffenfreier Zonen in Asien und Mitteleuropa.

## Nehru empfängt IdK-Vertreter

New Delhi. Vom 21.—28. Dezember hielt die Internationale der Kriegsdienstgegner in Indien ihren 10. Kongreß ab. Zu den Teilnehmern zählten Persönlichkeiten wie die indischen Politiker Jayaprakesh Narayan, G. Ramachandran, der italienische Schriftsteller Danilo Dolci und Rev. Michael Scott.

Nach Beendigung des Kongresses wurden drei der 50 deutschen Teilnehmer, Heinz Kraschutzki, Berlin, Alois Stoff, Essen-Werden, und Hans Wuwer, Gladbeck, von Ministerpräsident Nehru empfangen. Sie überbrachten die Grüße des Kongresses. Alois Stoff

überreichte ein Album mit Fotos über den gewaltlosen Kampf der Bevölkerung des Ruhrgebietes gegen die drohende atomare Aufrüstung in Westdeutschland. Nehru nahm längere Zeit darin Einblick und stellte Fragen dazu.

## Schottland demonstriert gegen Polaris-Stützpunkt

Glasgow. Tausende von Atomwaffen-gegnern protestierten in Schottland gegen die Errichtung eines amerikanischen Stützpunktes für mit Polarisraketen ausgerüstete Unterseeboote in Holy Loch am Clyde. Am 19. Dezember fand in Glasgow die größte Kundgebung seit dem Krieg statt. Ein Aufmarsch von mehr als 100 000 Personen, an ihrer Spitze Labour-Abgeordnete und Geistliche, bewegte sich durch die Straßen der Stadt. Reverend P. Clifford Macquire erhielt stürmischen Beifall, als er erklärte: „Die Schotten protestieren energisch gegen die Erleichterungen, die der Regierung der USA bei der Errichtung des Polaris-Stützpunktes gewährt wurden. Wir werden so lange kämpfen, bis dieser Beschluß rückgängig gemacht wird.“ Der Philosoph Bertrand Russell bewertete den Beschluß der britischen Regierung als „Hochverrat“.

## Robert Jungk: Atombomben in Acht und Bann tun!

Wien. „Österreich soll verlangen, daß die Kernwaffen, die die ganze Welt in ein riesiges Krankenhaus zu verwandeln drohen, in feierlicher Weise in Acht und Bann getan werden“, schlug Robert Jungk auf der Gedenkkundgebung des Österreichischen Hiroshima-Komitees vor, die am 14. Dezember 1960 im Auditorium Maximum der Wiener Universität stattfand. Es nahmen über 600 Menschen teil, darunter zahlreiche Studenten. Die Erlebnisberichte des japanischen Professors Dr. Yukichi Sakimoto und der Schriftsteller Günther Anders und Robert Jungk sowie der eindrucksvolle Film „Der Schatten von Hiroshima“ ließen das Verbrechen der Atombombardierung Hiroshimas und Nagasakis eindringlich bewußt werden.

Albert Schweitzer, der Bürgermeister von Hiroshima, Shintso Hamai, und Prof. Max Born sandten an den Kongreß Grußbotschaften.

## Warnfeuer in Norwegen

Oslo. Das norwegische Komitee „Kampf gegen Atomwaffen“, das aus dreizehn sehr angesehenen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens besteht (die Gruppe wird daher allgemein „Die 13“ genannt), bereitet für dieses Frühjahr eine Reihe bedeutender Demonstrationen vor. Für den Februar ist eine Unterschriftensammlung geplant, durch die die Regierung veranlaßt werden soll, von ihrer bisherigen Weigerung, Atomwaffen einzuführen, nicht abzugehen. Ende März finden dann am gleichen Tage im ganzen Land Protestkundgebungen statt. Außerdem sollen auf Bergen und Anhöhen Warnfeuer entzündet werden; dies ist eine uralte norwegische Tradition. In alten Zeiten wurde

## Schweizer protestieren gegen Sahara-Explosion

Zürich. In Zürich wurde im vergangenen Jahr die „Arbeitsgemeinschaft der Jugend gegen atomare Aufrüstung“ gegründet, die schon eine Reihe erfolgreicher Aktionen durchführte. Die „Arbeitsgemeinschaft“ hat u. a. vor dem Konsulat Frankreichs in Zürich gegen die französischen Atombombenversuche in der Sahara demonstriert.

## „Falken“ weiter gegen Atomrüstung

Kassel. Am 19. und 20. November 1960 hat in Kassel die Bundeskonferenz der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken“ getagt. In einer Resolution forderte die Bundeskonferenz:

- Abwendung der Kriegsgefahr durch internationale Entspannung und kontrollierte Abrüstung,
- den umgehenden Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf jede atomare Auf- und Ausrüstung und die Lagerung von atomaren Sprengkörpern auf deutschem Boden,
- die Sicherung der demokratischen Grundrechte durch Verhinderung eines neuen Ermächtigungsgesetzes, genannt Notstandsgesetz.

Eine Woche zuvor hatte in Königswinter die erste Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft HBV ihre Bereitschaft erklärt, mit anderen Gewerkschaften und befreundeten demokratischen Organisationen gegen die atomare Aufrüstung gemeinsam vorzugehen.

## Musik am richtigen Ort?

Hamburg. In Hamburg-Altona wird gegenwärtig mit einem Aufwand von 165 000 DM ein Atomkrieg-Luftschutzbunker errichtet. Der Bunker bietet 100 Personen Platz. (Hamburg hat heute rund 2 Millionen Einwohner). — In Karlsruhe entsteht z. Z. für 1,3 Millionen DM ein Bunker, der den besonderen Vorteil haben soll, daß seinen „Bewohnern“ für die Zeit, die sie im Bunker verbringen müßten, flotte Musik geboten wird.

## Wichtiger Hinweis!

Wir machen schon heute darauf aufmerksam, daß in diesem Jahr erneut in allen Teilen der Bundesrepublik Protestmärsche von Raketenbasen nach größeren Städten durchgeführt werden. Im norddeutschen Raum werden von Bergen-Hohne aus Demonstrationen nach Hamburg, Hannover, Bremen und Braunschweig erfolgen. In Bergen-Hohne findet am Abend des Gründonnerstags vor dem Raketenstützpunkt eine Kundgebung statt. Am Karfreitagmorgen beginnen dann die Märsche.

Wer an der Teilnahme an einem Marsch von Bergen-Hohne aus interessiert ist, wende sich bitte an „OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGERNER, Arbeitsgruppe Hamburg“ z. H. Herrn Bernhard Kuchta, Hamburg 1, Repsoldstraße 49

Vergl. das auf Seite 16 abgedruckte Flugblatt!

## Unsere Diskussion

### Um das Buch „Atomare Kampfmittel und christliche Ethik“

Durch Zufall gelangte die Oktober/November-Nummer Ihrer Zeitschrift „Kongreßdienst“ in meine Hände. Ich muß sagen, daß ich sie mit Interesse gelesen habe.

Wahrscheinlich werden Sie diesen Brief in den Papierkorb wandern lassen. Trotzdem halte ich mich für verpflichtet, Sie auf die Haltung der katholischen Kirche in der Frage nach der Atombewaffnung hinzuweisen.

Leider kenne ich Ihr oben angeführtes Buch nicht. Wenn auch die Schriftsteller, die hier mitgearbeitet haben, Katholiken sind, so vertreten sie doch in keiner Weise die katholische Kirche. Wie aus dem Titel auch hervorgeht, wollen sie überhaupt keine Lösung für dieses Problem geben; es soll eine Diskussion sein. Im übrigen haben sie keinen einzigen Mitarbeiter angegeben.

Die katholische Kirche verwirft die Atombombe nicht als an sich schlecht. Wenn Sie sich mit diesem Problem schon länger beschäftigen, so werden sie sicher die Stimmen der Führung der katholischen Kirche kennen. Ich halte es deshalb für unfair und allen demokratischen Prinzipien widersprechend, wenn Sie auf diese Tour die Meinung anderer Menschen und Menschengruppen zu verdrehen suchen. Ich weiß, Sie haben mit keiner Silbe die katholische Kirche erwähnt. Aber für einen unvoreingenommenen Leser ist Ihre Haltung irreführend.

Nach meiner Ansicht ist Ihre Haltung nicht deswegen falsch, weil die Atombombe gut ist, im Gegenteil. Aber bei Ihnen ist das Leben und die Gesundheit das höchste aller Güter. Diese Anschauung teilt die katholische Lehre nicht, denn ich glaube Ihre Haltung ist

ein Materialismus in abgewandelter Form.

Um jedes Mißverständnis zu beseitigen, möchte ich Ihnen zum Schluß nochmals sagen, daß die Menschen mit allen Mitteln, die erlaubt sind, sich dafür einsetzen sollen, die Anwendung der Atombombe zu verhindern. Trotzdem ist die Anwendung der Atombombe nicht schlecht in sich, denn das, was diese Bombe vernichten kann, ist nicht das höchste Gut des Menschen. Wenn diese höchsten Güter auf dem Spiele stehen, kann diese Bombe erlaubt sein.

Hochachtungsvoll

Hubert Kranzfelder, stud. phil.  
Augsburg

Sehr geehrter Herr Kranzfelder!

Sie machen uns den Vorwurf, daß unsere Besprechung des Buches „Atomare Kampfmittel und christliche Ethik“ eine Verdrehung der Haltung der katholischen Kirche darstelle; und dies allein deswegen, weil wir darauf hingewiesen haben, daß Autoren dieses Sammelbandes auf Grund katholischer Lehre zu dem Schluß kommen, jede Anwendung von Atomwaffen sei ethisch zu verwerfen. Nichts beweist besser, wie tief die Propaganda einer sich christlich nennenden Partei sich schon in die Hirne unserer Mitbürger gefressen hat. Es muß ins Bewußtsein gerufen werden, daß Prof. Gundlach und die Verfasser des sogenannten Siebener-Gutachtens nicht die katholische Kirche repräsentieren, schon gar nicht ihre Führung. Die Autoren des von uns besprochenen Buches nennen ihre eigene Leistung nur deswegen bescheiden „Diskussionsbeiträge“,

um jeden Anschein einer autoritativen ihre wissenschaftlichen und politischen Stellungnahme zu vermeiden, worauf Gegner aus durchsichtigen Gründen nicht den gleichen Wert gelegt haben. Und nun zur Sache. Es ist sehr schade, daß Sie das Buch, gegen dessen Besprechung Sie glaubten protestieren zu müssen, nicht vorher gelesen haben. Dort hätten Sie nämlich die Widerlegung Ihres Arguments gefunden, das Streben nach Erhaltung des menschlichen Lebens sei Materialismus in abgewandelter Form. Wir zitieren: „Wenn Gundlach zur Verteidigung höchste Güter, wie Glauben, Freiheit und Würde des Menschen, die höchsten Schäden bis hin zum Weltuntergang für nicht ungerechtfertigt hält, so ist das Ausdruck eines abstrakten Wertplatonismus, der die Wirklichkeit des Menschen und seiner Welt zu unvollkommenen Abbildern für sich seiender realer Wertwesenheiten reduziert. Gundlach ist offenbar der Meinung, daß jene Werte, wie Glauben, Freiheit, Recht und Würde des Menschen, unabhängig davon bestehen und auch gesichert werden können, daß es wirkliche Menschen als ihre Träger gibt. Diese idealistische Meinung steht im Widerspruch zu dem Realismus aller christlichen Philosophie, für die die Welt nicht schemenhafter Widerschein einer an sich seienden Ideenwelt, sondern Schöpfung Gottes ist. Den Tod aller Menschen in Kauf nehmen, um die „Menschentumswerte“ zu retten, heißt in ein abstraktes Wertreich flüchten und in Wirklichkeit beides vernichten.“ (Böckenförde — Spaemann, S. 190, 191).

Es wäre zu wünschen, daß diejenigen, für die der Einsatz der atomaren Waffen gerechtfertigt sein kann, ihre Gegner nicht einfach mit billigen Vorwürfen belegen wollten, sondern deren Argumente zunächst einmal zur Kenntnis nähmen.

Hochachtungsvoll:

Die Redaktion des Kongreßdienstes

Seit 1910 hat der deutsche Mensch in einer von Krieg bestimmten Zeit gelebt und

### heute wird wieder gerüstet

Das „Hold Fast“ Manöver unterstellte den Abwurf von 16 Atombomben und **400 000 Tote!**

### Ist Hiroshima vergessen?

Der Rüstungswettlauf zwischen Ost und West hat die Vernichtungskraft um ein Vielfaches erhöht.

Schon einmal hat Schweigen den Tod von Millionen besiegelt!

### Wollen wir dieses Mal wieder tatenlos zusehen?

Die 18 Göttinger Professoren haben den Widerstand gegen die Gefahr wachsen lassen!

„Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, daß es sich am besten schützt und den Weltfrieden noch am besten fördert, wenn es ausschließlich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen verzichtet.“

Jeder muß sein entschiedenes

### Nein zum Atomtod

zum Ausdruck bringen.

Wir rufen abermals auf zum eindrucksvollen

### Ostermarsch 1961 aller Atomwaffengegner

der von hervorragenden Persönlichkeiten, wie den Nobelpreisträgern Prof. Bertrand Russell und Prof. Max Born, Dr. Robert Jungk, Stefan Andres, Kirchenpräsident Dr. Martin Niemöller, Intendant Heinz Hilpert, außerordentlich begrüßt wird.

Der Marsch führt vom Gründonnerstag, dem 30. 3. 1961 (abends) bis Ostermontag, dem 3. 4. 1961, von Bergen — Hohne in die Städte Braunschweig, Bremen, Hannover und Hamburg.

Bereits in England und Dänemark sind Atomwaffengegner durch den tätigen Protest des Marschierens zu einer einflußreichen, politischen Kraft geworden.

### Lieber aktiv als radioaktiv! Unser Leben und das Leben unserer Kinder ist uns vier Tage Marsch wert!

Anmeldung an: „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Arbeitsgruppe Hamburg, Hamburg 1, Repsoldstraße 49.

Hier abtrennen!

#### Anmeldung

Ich erbitte Informationsmaterial.

Ich melde mich für alle 4 Tage an. Ich melde mich für den 1. 2. 3. 4. oder 5. Tag an. Ich wünsche Vollverpflegung. Ich wünsche nur Kaltverpflegung (morgens, mittags). Ich wünsche nur Warmverpflegung (abends). Dieses gilt für alle Tage, für den 2. 3. 4. oder 5. Tag. (Nichtzutreffendes streichen.)

Name:

Anschrift: